

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glad-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzeln Nummern 1 Mark.

Bereins- und Versammlungs-Anzeigen kosten die stehengehaltene Kolonizelle oder deren Raum 25 Pfg., im redaktionellen Teil 1 Mk.
Geschäfts-Anzeigen werden nach Erlebigung der laufenden Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Telephon-Nr. 98. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. Verlagsamt Bochum.

Inverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe. Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum. Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 42. Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Zum Schnaps-Boycott.

Fusel, Menschenverwüster, wie ich dich hasse!
Mehr noch als Hunger und Krieg, mehr noch als Seuche und Brand. —
Darum hoch der Beschluss, der dich, du Unhold, geächtet —
Möge ganzer Erfolg krönen die löbliche Tat. — H. K.

Zur sächsischen Landtagswahl!

Am 21. Oktober finden im Königreich Sachsen die Abgeordnetenwahlen zum Landtag statt und da gilt es auch für die Bergarbeiter ihre Stimmen in die Waagschale zu werfen, Vergeltung zu üben für das Unrecht, das man ihnen angetan. Seit Jahrzehnten fordern auch die sächsischen Bergarbeiter besseren Gesundheits- und Lebensschutz, aber nichts ist geschehen. Das neue sächsische Berggesetz entspricht in keiner Beziehung den Wünschen der Bergarbeiter, es ist nur ein noch verschlechterter Abguss des preussischen Berggesetzes, welches nach dem „Bergknappen“ — Organ des christlichen Gewerkvereins, — den Bergarbeitern Steine statt Brot brachte. Das reaktionäre Preussen mit seinem mittelalterlichen Junkerparlament mußte der sächsischen Regierung als Vorbild dienen, das muß selbst Herr Berginspektor Dr. Hirsch bestätigen. Dieser schreibt im sächsischen Jahrbuch für Berg- und Hüttenwesen:

„Die geschehenen Maßnahmen, die Preussen auf dem Gebiete des Bergrechts schon seit einer Reihe von Jahren vornimmt, sind in Sachsen mit Interesse verfolgt worden und haben zu Erwägungen darüber geführt, ob und inwiefern man hier die gleichen oder ähnliche Bestimmungen für den Bergbau erlassen soll.“

Welche Gefühle aber die Laten des preussischen Landtages selbst in sächsischen Bergarbeiterkreisen auslösten, geht aus folgenden vom „Bergknappen“ veröffentlichten Sätzen hervor:

„Besser ist es, die volle Rückständigkeit des konservativen Klüngels vor der ganzen Welt mit erschreckender Deutlichkeit zu sehen, als sich noch länger der Täuschung hingeben, bei dieser arbeitserfreundlichen Scharfmacher noch eine arbeitserfreundliche Seite angeschlagen werden.“

Und das Machwerk dieser arbeitserfreundlichen Scharfmacher ging der sächsischen Regierung noch zu weit. Ja, selbst die von Abg. Dr. Krundt mit natürl. Offenheit ausgeäußerten Motive dieses konservativen Klüngels hat sich die sächsische Regierung zu eigen gemacht. Abg. Krundt hat gegen Arbeiterkontrollen, wie sie die Bergarbeiter fordern, prinzipiell zwar nichts einzuwenden, hält sie sogar für wünschenswert, hat aber, so führte er aus, Bedenken dagegen.

„so lange, als wir praktisch mit der Sozialdemokratie zu rechnen haben. Wenn man solchen und anderen Wünschen der Arbeiterschaft gegenwärtig nicht Folge leisten kann, so geschieht das immer nur deshalb, weil die Befürchtung vorhanden und gerechtfertigt ist, daß die Sozialdemokratie aus derartigen Einrichtungen Vorteile ziehen kann.“

In dieselbe Kerbe schlug auch die sächsische Regierung; sie brachte es fertig, nach dem Rezept des preussischen Landtagsabgeordneten Dr. Volk, Generalsekretär des oberhessischen Berg- und Hüttenmännlichen Vereins, so lange mit dem roten Lappen zu schwenken, bis sich eine Mehrheit gegen die Bergarbeiteranträge ausgesprochen hatte. Mit nur 33 gegen 28 Stimmen ist der Antrag der Bergarbeiter, auf Anstellung von Grubenkontrollen, abgelehnt worden. Der Minister Dr. Rißler vertiefte sich sogar zu folgender Behauptung:

„das System der Grubenkontrollen sei der sächsischen Regierung schon seit 20 Jahren bekannt, aber man habe sie noch nicht von der Durchführbarkeit überzeugen können.“

Wir sind überzeugt, diese Ueberzeugung wird der sächsischen Regierung auch erst dann kommen, wenn die Bergarbeiter bei der Wahl am 21. Oktober wie ein Mann ihre Stimmen erheben für die Partei, die bisher die Interessen der Arbeiter am entschiedensten vertreten hat, dafür aber von der herrschenden Clique am wildensten gehäht und verfolgt wurde. Daß man keine sächsischen Einwendungen gegen die Arbeiterkontrollen hat, wurde von Dr. Wähle offen ausgesprochen. Derselbe erklärte:

„Das größte Bedenken, das ich gegen die Arbeiterkontrollen habe, ist, daß man dadurch ein Mittel zu politischen Zwecken schafft.“ Das ist dasselbe Lied, das im preussischen Landtag und in der bekannten Geheimkonferenz der Grubenherren am 6. Januar im Palasthotel in Berlin geungen wurde.

Den Bergarbeitern wird es unversehrt bleiben, wie der sächsische Landtag sich an ihnen verjündigt hat. Sie haben gefordert einen ausreichenden Schutz für Gesundheit und Leben; Knappheitsreformen, um im Falle von Krankheit und Invalidität vor Not und Entbehrung geschützt zu sein; ferner eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, des Arbeits- und Gehältevertrags und Beseitigung der unglücklichen Werksmischstände. Aber nichts ist geschehen! Durch die Gesetzgebung sind sie behandelt worden wie Unmündige, durch Gesetze, Arbeitsordnungen, Arbeitsbücher wurden sie den Lehrlingen anderer deutscher Bundesstaaten gleich gestellt. Alte ergrante Bergarbeiter, die ihre Staatsbürgerpflichten erfüllten, wurden wie dumme Jungen behandelt! Wenn wir daran denken, dann muß uns die Horneswölfe heute noch ins Gesicht steigen. Der Landtag sprang jederzeit den Grubenbesitzern gegen die Bergarbeiter bei. Und wenn diese, des Druckes und des Geldes satt, zum letzten Mittel, zum Streik griffen, dann wurden sie brutal und gewissenlos vergewaltigt, und in ihren Rechten niederknüttelt.

Hinaus aus der Heimat wurden sie getrieben, von Weib und Kind gerissen mußten sie in fremden Revieren Arbeit und Brot suchen. Im eigenen engeren Vaterlande wurde ihnen beides verweigert. Hinzu kam vielfach der Verlust der Jahre- und jahrzehntelang eingezahlten Kassenbeiträge.

Das Koalitionsrecht, das Recht sich gegen allzumilde Ausbeutung zu wehren, was für die sächsischen Bergarbeiter geradezu aufgehoben. Gätte die sächsische Gesetzgebung nur einigermaßen dem entsprochen, was man als Bürger eines Kulturlandes verlangen konnte, viel Leid und viel Elend wäre den sächsischen Bergarbeitern und ihren Familien erspart worden.

Die Regierung und die herrschende Clique wissen, daß sie die Verantwortung für ihre schlimmen Taten nicht tragen können und so hat vor dem Jorn der Arbeiter zu schützen, hat man ein Wahlrecht geschaffen, welches es den unterdrückten Volkschichten

unmöglich macht, sich eine genügende Vertretung im Landtag zu sichern. Zuerst wurde die Dreiklassenwahl ebenfalls nach preussischem Muster durchgeführt, wodurch die sozialdemokratischen Abgeordneten fast völlig beseitigt wurden, die bis dahin die Forderungen der Bergarbeiter am entschiedensten vertreten hatten. Man wollte die unliebsamen Wähler los werden und der schändliche Streich ist gelungen! Der Dreiklassenwahl folgte die Pluralwahl, welche die Wählerrechte, welche die Bürger des Staates in vier Klassen teilt. Die Wohlhabenden und Reichen sind mit drei und vier Stimmen ausgestattet. Aber die wenig bemittelten und am mißseligsten im harten Dajeinstampfe arbeitenden Staatsbürger werden mit zwei und zum weitaus größten Teil mit einer Stimme abgestimmt. Dieses Wahlsystem ist so eingerichtet, daß der besitzenden Klasse von vornherein die Mandate gesichert sind.

Das Landesparlament soll also weiterhin der sicherste Hort der Reaktion und der schlimmsten Arbeiterfeinde bleiben! Bergarbeiter Sachsens, da müßt Ihr mitwirken und alle Kräfte entfalten, um dieses Vorhaben zu erschweren! Bereiteln läßt sich zunächst dieser unwürdige Zustand nicht.

Wollen wir uns als Bergarbeiter eine kräftige Stütze suchen im Parlament, dann gilt es eine Partei zu unterstützen, die für die Forderungen der sächsischen Bergarbeiter allezeit und energisch eintritt. Keine bürgerliche Partei hat das je im sächsischen Parlament getan, nur die sozialdemokratische!

Das beweist die Geschichte der Berggesetzgebung. Diese Geschichte ist eng mit der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialdemokratie verknüpft, nicht nur in Sachsen. Für Sachsen mag folgende Zusammenstellung zeigen, daß die Sozialdemokratie vom Tage ihrer parlamentarischen Tätigkeit an praktisch im Interesse der Bergarbeiter tätig gewesen ist.

Der sächsische Bergarbeiterverband sandte von 1877 ab wiederholt Petitionen an die Regierung und den Landtag, um Reformen des Berggesetzes zu erreichen. Es kamen dann im sächsischen Landtag folgende Verhandlungen zustande:

1. Interpellation Liebknecht vom 28. Februar 1880: a) Bräunberg-Kalaitrophe, b) Knappheitswesen, c) Puffpflicht betr. (S. 1104 ff.)
2. Interpellation Stephani, Knappheitswesen und ihre Leistungsfähigkeit betreffend, behandelt am 27. November 1879 (S. 106 ff.)
3. Am 31. Dezember 1881 spricht Liebknecht über die Petition Seifert-Wolf und Genossen (Bericht Nr. 51) über die Entlassung und Einbuße der Knappheitsrechte. Liebknecht verlangt Reform des Knappheitswesens. (Seifert und Wolf waren sozialdemokratisch gesinnte Bergarbeiter.)
4. Eine Enquete der Regierung ist die Folge der Debatte vom Jahre 1879 über denselben Gegenstand.
5. Nach Angabe Liebknechts (Seite 840, Sitzung vom 21. Dez. 1881) habe Dinter, ein sozialdemokratischer Agitator, schon im Jahre 1868 eine Petition der Bergarbeiter eingereicht.
6. Liebknecht fordert am 21. Dezember 1881 (Seite 841) auch Veränderung des § 80 des sächsischen Berggesetzes.
7. Minister von Hofitz-Wallwitz bestätigt hierbei (Seite 843), daß Petitionen seitens der Bergarbeiter seit einer Reihe von Jahren beim Ministerium des Innern eingegangen sind.
8. Die Petitionen Seifert und Genossen waren Veranlassung zu dem Beschluß (Seite 845, Verhandlung vom 21. Dezember 1881), daß die Regierung dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorlegen solle. Derselbe erschien am 15. Februar 1882.
9. Der Gesetzentwurf, die Rückstattung der Beiträge betr., erschien schon unter Nr. 45 am 18. Februar 1882 und wurde am 20. Februar 1882 verlesen.
10. Liebknecht hatte unter Nr. 153 einen Antrag, eine Landes-Knappheitskasse zu gründen, eingebracht, der gleichzeitig am 20. Februar mit zur Vorberatung stand (Seite 1005).
11. Die Schlussberatung des Gesetzes und des Antrages Liebknecht erfolgte am 25. Februar 1882 (Seite 1005 ff.). Hierbei wird festgestellt, daß nach dem Vergesse vom Jahre 1851 selbst Arbeiter, die freiwillig abgingen, je nach Zustimmung des Revisionsausschusses ihr Unrecht aufrecht erhalten konnten (Seite 1008, zweite Spalte).
12. Die Sozialdemokraten stimmten am 25. Februar 1882 dem Gesetzentwurf zu (Seite 1007).
13. Unterm 14. Februar 1884 beschwerten sich die Bergarbeiter der Bräunberggrubengräber über Mißstände.
14. Unterm 21. Dezember wurde eine Petition zum Vergesse vom 20. November 1883 vom Knappheitskassenwesen und dem Verband der sächsischen Bergarbeiter eingereicht.

Diese kurze Zusammenstellung zeigt schon, in welcher unermüdlicher Weise die sozialdemokratischen Abgeordneten für die Bergarbeiter tätig waren. Aber diese Tätigkeit war der Regierung und den Mehrheitsparteien ein Dorn im Auge und sie erledigten sich der tätigen Wähler durch Einführung des schmachvollen Dreiklassenwahlrechts. Und als man die tätigen Wähler los war, geschah die Bergarbeiter nicht mehr, obwohl die Verhältnisse immer schlimmer und unhaltbarer wurden. Was brauchte man denn auch auf die politisch und wirtschaftlich entrechteten Bergarbeiter noch für besondere Rücksicht zu nehmen, hatte man sie doch in jeder Beziehung ungeschädlich gemacht! Die Bergarbeiterpetition vom Jahre 1902 und alle späteren Petitionen und Bergarbeitervorlagen blieben resultatlos. Nicht einmal das, was das verrufene preussische Dreiklassenparlament den Bergarbeitern in Preußen bewilligte, erhielten bei der letzten Reform des Berggesetzes die sächsischen Bergarbeiter.

Die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit wurde wiederum abgelehnt, sogar ein sogenannter sanitärer Arbeitstag fand keine Annahme. In Sachsen erleben wir den Skandal, daß Bergarbeiter sich durch Gesundheitsatteste legitimieren müssen, ob sie tauglich sind, vor Betriebspunkten mit mehr als 28 Grad oder eventuell länger zu arbeiten! Arbeitern, die ein solches Attest nicht beibringen konnten, wurde, trotzdem sie Jahrzehnte auf der Grube gearbeitet haben, mit Entlassung gedroht! Fribal wird weiter die Arbeitsdauer verlängert auf sächsischen Gruben. Sonntagsarbeiten sind gang und gäbe. Verunglückten doch noch kürzlich im Zwickauer Revier mehrere Bergarbeiter an einem Sonntag durch eine Schlagwetterexplosion — ein Vorfal, der auf Sachsens Zustände ein gewisses Schlaglicht wirft!

Ebenso nahm der Landtag bei der letzten Reform der Berggesetzgebung keine Rücksicht auf eine vernünftige Einschränkung des Strafwezens, er ließ das getrennte Bedinge bestehen, lehnte Grubenkontrollen, wie sie sogar in Preußen durchgeführt worden sind, ab und sträubte sich gegen eine vernünftige Reform des Knappheitswesens. Wie weit sich die Duge entwickelt haben, zeigt, daß das Gesetz die Bergarbeiter verpflichtet, Vertreter in die Knapp-

schafsstufen zu wählen. Wollen aber diese Vertreter nicht springen, wie die Werksbesitzer bzw. ihre Beamten es verlangen, dann fliegen sie auf Straßengassen. Kein Gesetz schützt die Hinausgeworfenen! So erging es Kassenvertretern auf der Kaisergrube in Werdorf und auch anderswo. Ja, Leute maßregelte man, die sich nur die Freiheit genommen hatten, sich als Kandidaten in den Knappschafsstufen ausstellen zu lassen.

So wurde in der schändlichsten Weise mit den Bergarbeitern stets Schindluder gespielt. Es ist darum ein Akt der Nothwehr, wenn dieselben bei der Wahl am 21. Oktober all der Schmach und Unterdrückung gedenken und nach Kräften Vergeltung üben. Wir gehören nicht zu den gewerkschaftlichen Weichherten, die auf Parteien Rücksicht zu nehmen haben. Das Interesse der Arbeiter steht uns höher, wie das Interesse der Parteien, und schonungslos, ohne Rücksicht auf irgend eine Partei, bedenk wir den an den Arbeitern geübten Verrat auf. Und wir handeln nur konsequent, wie es das Arbeiterinteresse erfordert, wenn wir sagen: Bergarbeiter, zieht am Wahltag nach Kräften denen heim, die euer Interesse mit Füßen treten, euch dem Miasma Gelfach auf Gnade und Ungnade überantwortet haben! Tretet mit aller Macht ein in die Wahl-agitation! Müttele die Gleichgültigen und Schlaftrigen auf und bringt sie zur Wahlurne! Der Wahltag sei Wahltag! Wählt nur die Kandidaten der Partei, die stets eure Interessen verfochten, damit fligt ihr eine Ehrenschuld!

Genossenschafts- und Arbeiterbewegung.

Hierzu wird uns geschrieben:

Schon wiederholt befaßten sich die Gewerkschaftskongresse mit der Genossenschaftsbewegung. Im Jahre 1905 befaßte sich der Kölner Gewerkschaftskongress insbesondere mit der Genossenschaftsfrage und erkannte durch Annahme einer Resolution, daß die Genossenschaftsbewegung ein Glied in der modernen Arbeiterbewegung sei.

Die deutsche Genossenschaftsbewegung ist nach den Grundzügen der englischen Genossenschaftsbewegung aufgebaut. Die Gesamtzahl der deutschen Genossenschaften betrug im Jahre 1905 23 221 und stieg bis zum Jahre 1908 auf 28 852. Die Zahl der Mitglieder betrug im Jahre 1905 3 100 871 und stieg bis zum Jahre 1908 auf 4 105 002. Die größte Gruppe bilden die Kreditgenossenschaften, deren Zahl sich in dem genannten Zeitraum von 14 272 auf 16 092 erhöhte. In derselben Zeit stieg die Zahl der Mitglieder der Kreditgenossenschaften von 1 901 122 auf 2 202 040. Die Zahl der Waren- oder Erwerbsgenossenschaften stieg in der Zeit vom Jahre 1905 bis 1908 von 6181 auf 7520, die Zahl der Mitglieder dieser Genossenschaften von 421 831 auf 560 230. In derselben Zeit stieg die Zahl der Konsumenten- oder Wirtschaftsgenossenschaften von 2508 auf 2980, die Zahl der Mitglieder dieser Genossenschaften von 1 028 149 auf 1 207 841. Die Konsumenten- oder Wirtschaftsgenossenschaften bilden die zweitstärkste Gruppe der deutschen Genossenschaftsbewegung. Eigentliche Zentral- und Hauptgenossenschaften, d. h. solche, die nicht eine kapitalistische sondern die genossenschaftliche Form haben, bestanden am 1. Januar 1908 117 mit 22 000 angegeschlossenen Genossenschaften. Die Gesamtsumme dieser Zentral- oder Hauptgenossenschaften betrug 286 884 800 Mark. Von den 117 Zentral- oder Hauptgenossenschaften waren 63 Zentralkreditgenossenschaften, 27 landwirtschaftliche Hauptgenossenschaften für Bezugsgenossenschaften und 23 landwirtschaftliche Hauptgenossenschaften für Verwertungsgenossenschaften.

Das Genossenschaftsgesetz legt den eingetragenen Genossenschaften die Pflicht auf, sich mindestens in jedem zweiten Jahre der Prüfung durch einen der Genossenschaft nichtangehörigen sachverständigen Revisor zu unterwerfen. Den Genossenschaften steht das Recht zu, sich zu Verbänden zu vereinigen, denen das Recht, selbständig den Revisor zu bestellen, verliehen werden kann. Die Verleihung des Rechts zur Bestellung des Revisors erfolgt, wenn der Bezirk des Verbandes sich über mehrere Bundesstaaten erstreckt, durch den Bundesrat, andernfalls durch die Zentralbehörde des Bundesstaates. Verbände von Genossenschaften zum Zwecke der selbständigen Bestellung des Revisors heißen Revisionsverbände, doch beschränken die Revisionsverbände ihre Tätigkeit durchweg nicht auf die Bestellung des Revisors und die Ueberwachung der Revisionen, sondern sie dienen auch zur Pflege und Förderung der Genossenschaftsbewegung ihres Bezirkes und der Interessenvertretung der Genossenschaften.

Die Mehrzahl der deutschen Revisionsverbände hat sich zu Zentralverbänden zusammengeschlossen. Es bestehen vier große Zentralverbände, nämlich — geordnet nach ihrem Alter — der Allgemeine Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, der Zentralverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Zentralverband deutscher Konsumvereine und der Hauptverband der deutschen gewerblichen Genossenschaften.

1. Der Allgemeine Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, nach seinem Gründer auch Schulze-Wechsungen-Verband genannt, umfaßte am 1. April 1908 30 Revisionsverbände mit 1450 Genossenschaften. Von diesen berichteten zur Statistik 1453 mit 858 500 Mitgliedern. Die stärkste Gruppe des Allgemeinen Verbandes sind die Kreditgenossenschaften, deren Zahl 905 mit 557 451 Mitgliedern betrug und die sich auf 22 Revisionsverbände verteilten. Konsumvereine wurden 285 mit 252 618 Mitgliedern gezählt, die in sechs Revisionsverbände gegliedert sind. Zwei Revisionsverbände der Baugenossenschaften umfassen 138 Genossenschaften mit 42 078 Mitgliedern. Genossenschaften in den einzelnen Gewerbezweigen sind 69 mit 5642 Mitgliedern vorhanden.

2. Der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften umfaßte am 15. Mai 1908 41 Revisionsverbände mit 17 625 Genossenschaften und 155 000 Mitgliedern dieser Genossenschaften. Von den angeschlossenen Genossenschaften sind 11 378 Spar- und Darlehnskassen mit 1 015 108 Mitgliedern, 1925 Bezugsgenossenschaften mit 204 253 Mitgliedern, 1634 Muttergenossenschaften mit 164 577 Mitgliedern, 845 sonstige Genossenschaften mit 50 000 Mitgliedern. Die Genossenschaften des Reichsverbandes haben sich zu 73 Zentral- und Provinzialgenossenschaften und Zentralgeschäftsanstalten zusammengeschlossen. Die Mitgliederzahl dieser Zentralgenossenschaften beträgt 17 001, ist also kleiner als die Zahl der Genossenschaften des Verbandes überhaupt, was darauf zurückzuführen sein wird, daß sowohl Genossenschaften, die nicht der Verbandsorganisation, als auch einzelne Personen als Mitglieder dieser Zentral- und Hauptgenossenschaften angehören.

3. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine umfaßte am 1. Januar 1908 sieben Revisionsverbände mit 959 Konsumgenossenschaften und 25 Arbeits- und sonstige Genossenschaften, erstere hatten 879 221, letztere 5553 Mitglieder. Außerdem gehört dem Zentralverbande eine Großverkaufsgesellschaft an, der 499 Genossenschaften beigetreten waren.

4. Der Hauptverband der deutschen gewerblichen Genossenschaften umfaßte am 1. Januar 1907 14 Revisionsverbände. Diesen Revisionsverbänden gehörten an: 16 Zentralkreditgenossenschaften mit 465 angeschlossenen Genossenschaften, 304 Kreditgenossenschaften mit 65 332 Mitgliedern und 300 Rohstoff-, Magazin- und Wertgenossenschaften mit 7138 Mitgliedern.

5. Seinem Zentralverbande angeschlossene waren 37. Revisionenverbände. Diese umfassen 2824 Genossenschaften mit 488.504 Mitgliedern.

6. Endlich wurden noch 8024 eingetragene Genossenschaften mit 618.844 Mitgliedern gezählt, die auch nicht einmal einem Revisionenverbände angeschlossene sind, sondern sich der Revision durch einen vom Gesetz gestellten Revisor unterwerfen.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine wurde im Jahre 1908 in Dresden errichtet. Die Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sind die sieben Revisionenverbände in Brandenburg, Mitteldeutschland, Nordwestdeutschland, Rheinland-Westfalen, Sachsen, Süddeutschland und Thüringen nebst den angeschlossenen Genossenschaften und die Großhandelsvereine deutscher Konsumvereine m. B. G. in Danzig.

Der Zweck des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist:

- Die Sammlung und Organisation der deutschen Konsumvereine und Produktivgenossenschaften zur Pflege und Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Interessen mit vereinten Mitteln und Kräften;
- die Fortbildung der Verfassung und der Einrichtungen der verschiedenen Vereine sowie der Pflege des Genossenschaftsrechts und die Förderung des Genossenschaftswesens im allgemeinen;
- die Förderung des gemeinsamen Wareneinkaufs und Warenbezuges.

Die Zwecke des Verbandes werden erreicht durch freie Besprechungen und Verhandlungen von Statisten; durch Erstellung von Rat und Auskunft in allen genossenschaftlichen Dingen an die Verbandsvereine; durch Förderung aller zum Ausbau des Genossenschaftswesens gerichteten Bestrebungen durch Verbreitung richtiger genossenschaftlicher Grundbegriffe.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine besitzt außer der Großhandelsvereine eine Verlagsanstalt. Die Aufgabe der Verlagsanstalt ist: Die Herausgabe von Zeitschriften, Jahrbüchern, Fachschriften und Agitationsliteratur, der Buchhandel, unter besonderer Berücksichtigung juristischer Fachliteratur und guter und billiger Volksliteratur, die Herstellung von Druckarbeiten aller Art. Die von der Verlagsanstalt herausgegebenen Zeitungen heißen: „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, Organ des Zentralverbandes und der Großhandelsvereine deutscher Konsumvereine, „Konsumgenossenschaftliches Volksblatt“ des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ ist das Fachorgan der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung und erscheint wöchentlich. Das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ ist das Konsumgenossenschaftliche Massenorgan und erscheint halbwöchentlich.

Die Großhandelsvereine deutscher Konsumvereine ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Sie hat ihren Sitz in Hamburg. Gegenstand des Unternehmens ist: Konsumvereine und ähnlichen Wirtschaftsbereinigungen durch Betreiben von Handelsgeheimnissen und durch eigene Herstellung und Fabrikation Kolonialwaren, Materialwaren, Landesprodukte, Produkte und Fabrikate der Lebens- und Genussmittelbranche, Lebens-, Haushaltungs-, Wirtschaftsbedürfnisse aller Art, Welleidungsgegenstände gut und preiswert zu beschaffen, sowie Bankgeschäfte aller Art gemeinschaftlich zu betreiben. Die Gesellschaft ist im Jahre 1894 auf unbestimmte Zeit errichtet. Die Großhandelsvereine errichtet in Gröbba bei Riesa in Sachsen eine Seifenfabrik. Die Errichtung ist in diesem Frühjahr begonnen worden. In den nächsten Jahren wird in den Genossenschaftsläden Seife aus eigener Produktion verkauft werden.

Die Unterküßungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wurde auf Beschluß des Stuttgarter Genossenschaftstages im Jahre 1905 errichtet. Die Kasse hat ihren Sitz in Hamburg und bewirkt, Angestellten und Arbeitern der an den Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Organisationen im Falle der Invalidität und des Alters sowie im Todesfälle deren hinterbliebenen Witwen und Waisen eine laufende Unterstützung zu gewähren.

Die Mitgliedschaft der Kasse können eingetragene Genossenschaften, genossenschaftliche Vereinigungen aller Art und Gesellschaften, die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehören, erwerben, desgleichen Arbeiter und Arbeiterinnen, und zwar männlichen Personen sofern dieselben das 21. Lebensjahr, weibliche Personen sofern sie das 25. Lebensjahr vollendet haben, beide jedoch nur dann, wenn sie das 50. Lebensjahr nicht überschritten haben und Gesundheitszustand hebringen. Vereinigungen können nur dann beitreten, wenn auch die Angestellten beitreten und umgekehrt können Angestellte von Vereinigungen nicht Mitglied werden, sofern die Vereinigung selbst nicht Mitglied der Kasse ist. Der Beitrag beträgt sechs Prozent des Gehalts, wovon drei Prozent von der arbeitenden genossenschaftlichen Vereinigung und drei Prozent von der betreffenden Person zu tragen sind.

Die Unterküßungskasse nahm ihren Betrieb am 1. Januar 1908 auf. Am 31. Dezember desselben Jahres zählte sie 84 angeschlossene Vereinigungen und 1687 Mitglieder. Davon gehörten 165 der Gruppe der Vorstandsmitglieder und leitenden Beamten, 639 der Gruppe der Angestellten und Lagerhalterinnen, 280 der Gruppe der Handlungsgehilfen, 237 der Gruppe der Wäcker, Schlichter, Tabakarbeiter und sonstigen

gelerten Arbeiter und Arbeiterinnen, 516 der Gruppe der Handels-, Transport-, Spelcher, Lager- und ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen an.

Am 31. Dezember 1907 zählte die Unterküßungskasse 118 angeschlossene Vereinigungen und 8114 angeschlossene Personen. Das Vermögen der Unterküßungskasse betrug am 31. Dezember 1906: 188.040,00 Mk., am 31. Dezember 1907: 404.448,01 Mk.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine steht mit zwei Gewerkschaften, nämlich dem Verbande der Wäcker, Konditoren und verwandten Berufsgruppen Deutschlands und dem deutschen Transportarbeiterverbande in einem Tarifverhältnis, d. h. es sind zwischen den beiden Körperlichkeiten die Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt worden, die für die Angestellten der Genossenschaften, welche den genannten Verbänden angehören, zu gelten haben.

Nach alledem ergibt sich, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine der modernen Arbeiterbewegung sehr förderlich ist. Schon diese Genossenschaften schaffen den Zwischenhandel in einer beträchtlichen Höhe aus und nehmen eine reelle Warenverteilung vor. Nicht genug, daß das Proletariat vom Großhandel ausgebeutet wird, auch der Kleinhandel macht sich dessen Kaufkraft zunutze. Auch die neuen Konsumvereine machen sich der Detailhändler zunutze, um seine Preise noch weiter zu steigern. Der Arbeiter ist ein Produkt der Verhältnisse. Täglich trägt er seine Produkte d. h. seine Arbeitskraft zum Markt. Die Produkte (die Arbeitskräfte der Arbeiter) werden nicht zum realen Werte bezahlt; sondern der Arbeiter muß mit dem zufrieden sein was ihm geboten wird. In den Zeiten einer Hochkonjunktur werden, wenn es an Arbeitern mangelt, Agenten ausgesandt, die mit allerhand Versprechungen genügend Arbeitskräfte heranschleppen. Die Arbeiterkraft aber ist noch sehr rückständig. In viele Organisationen gerollt, vermag sie nicht ihre Ware Arbeitskraft zu einem angemessenen den Verhältnissen entsprechenden Preis zu verkaufen.

Die Berg- und Hüttenarbeiter stehen heute noch ohne Tarifverträge da. Arbeiter, die durch ein Tarifverhältnis ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt haben, sind den Schwankungen der Konjunktur nicht so unterworfen, wie Arbeiter, bei denen das nicht der Fall ist. Besonders für die Bergarbeiterkraft wird es noch schwerer Kämpfe bedürfen, um zu Tarifverträgen zu kommen.

Für die kommenden unvermeidlichen Kämpfe gilt es zu rüsten und zwar soll sich der Bergarbeiter zu diesem Zweck neben seiner Berufsorganisation auch noch der Konsumgenossenschaft anschließen. Welche Stütze den Arbeitern die Genossenschaft in kommenden Kämpfen sein kann, dafür ein kleines Beispiel.

Im Jahre 1893 hat die englische Bergarbeiterkraft einen viermonatigen Kampf geführt und dabei große Vorteile, Anerkennung der Organisation und Tarifverträge, errungen. In diesem Kampfe waren die englischen Bergarbeiter nicht allein auf ihre Berufsorganisation angewiesen, sondern sie hatten eine ausgezeichnete Stütze auch an den Konsumvereinen. Die englischen Genossenschaften zahlten den Bergarbeitern ihre Halbjahresdividende aus, und letztere machten noch andere Guthaben möglich, die sie bei der Genossenschaft hatten.

Will die deutsche Bergarbeiterkraft aus der englischen Arbeiterbewegung Lehren ziehen, dann muß sie sich den Konsumvereinen in ihrem Orte anschließen. Würde die Bergarbeiterkraft genossenschaftlich organisiert sein und ihre jährliche Dividende einige Jahre auf die Genossenschaftsparkasse legen, so wäre das ein tüchtiger Fonds für die Zeit schwerer wirtschaftlicher Kämpfe.

Durch die Annahme der folgenden Resolution des fünften Gewerkschaftskongresses in Köln ist jeder organisierte Arbeiter verpflichtet, die Genossenschaftsbewegung zu unterstützen:

„Der Gewerkschaftskongress erblickt in der Organisation des Konsums durch die Genossenschaften ein Mittel zur Erhöhung der Lebenshaltung und der genossenschaftlichen Erziehung des Volkes und hält es deshalb im Interesse des Proletariats für geboten, daß die genossenschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen und Propagierung der genossenschaftlichen Ideen, die Genossenschaftsbewegung in Deutschland aufs tatkräftigste unterstützen. Der Kongress verpflichtet namentlich die Gewerkschaftsmitglieder, in den Konsumvereinen das Bestreben zu fördern, auf Grundlage des organisierten Konsums zur eigenen Produktion der Bedarfsartikel der großen Masse der Konsumenten zu schreiten.“

Die Eigenproduktion der Konsumvereine und ihrer Großhandelsvereine kann in Deutschland wesentlich dazu dienen, für die genossenschaftlichen Bestrebungen vieler Vereine einen Stützpunkt und einen Rückhalt zu bieten dadurch, daß genossenschaftliche Großbetriebe mit ununterbrochen funktionierenden Einrichtungen geschaffen werden.

Hierzu hält der Kongress die Genossenschaften aus eigenem Interesse für verpflichtet, da durch die Tätigkeiten der Genossenschaften die Konsumkraft des Volkes erhöht und in weiterer Folge die Konsumvereinebewegung gefördert wird.

Zunächst erachtet der Kongress im Interesse sowohl der Gewerkschaften als der Genossenschaften, daß ein freundschaftliches Gegen-

seitigkeitsverhältnis zwischen beiden Bewegungen Platz greift und tiefgehende Differenzen, sowie unfreundliche Auseinandersetzungen der Genossenschaften für geboten:

1. daß dieselben die genossenschaftlichen Arbeitsnachweise in erster Linie berücksichtigen;
2. genossenschaftliche Tarife und Forderungen allgemeinen Charakters, welche nicht nur an die Genossenschaften gerichtet sind und für welche die betreffende Gewerkschaft die Garantie übernimmt, dieselben auch für einen größeren Teil der in anderen als genossenschaftlichen Betrieben arbeitenden Berufsangehörigen in kürzester Frist durchzuführen, ohne weiteres anzuerkennen;
3. bei ihren Einkäufen grundsätzlich die in Buchhändlern, Strickanstanlen und zu Hungerlöhnen hergestellten Fabrikate auszuschalten, und Firmen, die ihre Waren ganz oder teilweise in der Hausindustrie herstellen lassen, möglichst von der Lieferung auszuschließen, Produktiv-Genossenschaften sind von den Konsumvereinen zu unterstützen, sofern dieselben zur Wahrung genossenschaftlicher Interessen im Einverständnis mit dem Zentralverband des Deutschen Konsumvereins und sie sich verpflichten, ihre etwanigen Ueberflüsse im allgemeinen genossenschaftlichen und genossenschaftlichen Interesse zu verwenden;
4. bei denjenigen Vereinen, in welchen tarifliche Abmachungen zwischen den organisierten Arbeitern und den Fabrikanten bzw. Prinzipalgebeten, nur solchen Firmen Aufträge auf Lieferung von Waren und Ausführung von Arbeiten zu geben, welche die Tarife anerkannt haben, sowie bei Vergebung von Arbeiten an Privatunternehmer resp. bei Bewirtschaftung genossenschaftlicher Betriebe durch Privatunternehmer kontraktlich festzulegen, daß die genossenschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen von diesen eingehalten werden müssen;
5. bei den Zentralverbänden und örtlichen Gewerkschaftsstellen resp. von dem Gewerkschaftsausschuss als berechtigt anerkannten Vorkonten die besagten Firmen bei ihrem Warenbezugs nicht mehr zu berücksichtigen.

Die genossenschaftlichen Organisationen verpflichten sich gegenseitig, in Fällen von Vorkonten für die weitestgehende Unterstützung des konsumierenden Publikums zu sorgen.

Zur Schlichtung von etwaigen Differenzen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften soll, sofern es sich um rein betriebliche Fragen handelt, ein von der örtlichen Gewerkschaftskommission und der betr. Genossenschaft aus gleichen Teilen zusammengesetztes Schiedsgericht unter Vorsitz eines unparteiischen Vorsitzenden gebildet werden; sofern es sich um Differenzen zwischen einem Zentralverband und der Gesamtheit der Genossenschaften handelt, soll die Bildung dieses Schiedsgerichts dem Gewerkschaftsausschuss resp. der Generalkommission und dem Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine obliegen. Der Entscheid dieses Schiedsgerichts soll für beide Teile maßgebend sein und alle Prejudikation über die Angelegenheit vor Fällung des Schiedspruchs vermeiden werden.

Im Interesse der genossenschaftlichen Entlohnung und zur Wahrung der berechtigten Interessen der Angestellten der Konsumvereine vertritt der Kongress entschieden das Bestreben, die Konsumvereine lediglich als Dividenden-Institution der Mitglieder zu betrachten.

Der Kongress hält die Genossenschaften für verpflichtet, jährlich Rücklagen zur Einführung eigener betrieblicher Produktion und zur Förderung einer allgemeinen genossenschaftlichen Produktion für das Volk zu machen, und erwartet von den Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie in diesem Sinne in den Genossenschaften wirken.“

Unternehmerverbände.

Unter dem Eindruck des unaufhaltsamen Vordringens der Gewerkschaften haben bekanntlich auch die Unternehmer die Notwendigkeit des Zusammenschlusses begriffen. Sie haben sich in Organisationen gefunden, durch die sie einen konsequenten Kampf wider die moderne Arbeiterbewegung führen. Die ersten Anfänge der Unternehmerverbände liegen weit zurück. Bereits Ende der fünfziger Jahre treten sie in Deutschland auf. Und später war es dann der Zentralverband Deutscher Industrieller, der wirtschaftlich und politisch wider die Arbeiterbewegung Sturm lief. Doch das alles waren nur die ersten unklaren Anfänge der Unternehmerorganisationen. Als geübliche Kampfmittel entwickelten sie erst, als ihnen die von Stunde zu Stunde gewaltiger anschwellende Macht der Gewerkschaftsbewegung fühlbar wurde. Und das war etwa an der letzten Jahrhundertwende. Die Unternehmer einzelner Orte schlossen sich in immer größerer Zahl zu regelrechten Kampfvereinen zusammen und auch Bezirks-, Landes- und Reichs-

Zur Geschichte der österreichischen Bergarbeiterunion.

(Schluß.)

Nur einzelne Distriktsverbände leisten diese acht Heller dem Zentralverbande. Später wird der Beitrag herabgesetzt auf vier Heller für ein Mitglied. Auch diesen Beitrag leistet die Mehrzahl der Distriktsverbände dem Zentralverbande schuldig. Dem Zentralverbande wurde kein Tätigkeitsfeld zugewiesen und weil in den einzelnen Revieren alles von den Distriktsverbänden besorgt werden sollte, konnte sich der Zentralverband ein eigenes Betätigungsfeld nicht suchen.

Am 1. Dezember 1897 wird der Sitz des Zentralverbandes nach Nürnberg verlegt. Sieben Monate später finden wir den Sitz des Zentralverbandes mit eingestelltem Sekretariat in Zurn. Hier sollte er auch sterben, als dessen Vorstand alle Vorarbeiten zur Begründung der Union abgesehen hatte.

Zur Bekräftigung der Zentralorganisation wurde auf dem sechsten Bergarbeiterkongress, welcher am 3., 4. und 5. Juli 1898 in Prag tagte, diese Resolution beschlossen:

„In Erwägung, daß die Zentralisation der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs wohl besteht, aber noch nicht richtig ausgebildet ist; in weiterer Erwägung, daß nur eine starke einheitliche Zentralisation aller Berufsangehörigen der heutigen übermäßigen Ausbeutung, aus welcher alle Uebel, welche uns bedrücken, entstehen, Einhalt gebieten kann,

so erklärt der heutige sechste Berg- und Hüttenarbeiterkongress in Prag, nur jene Fachorganisationen der Berg- und Hüttenarbeiter als gleichwertig respektive als endlich kämpfend, anzuerkennen, welche die Zentralisation als das Mittel im wirtschaftlichen Kampfe um bessere Existenzbedingungen anerkennen, in welcher uns ein einheitliches genossenschaftliches Vorgehen verbinden muß.“

Zur finanziellen Kräftigung des Zentralverbandes hat dieser Beschluß nichts beigetragen, denn auf der Generalversammlung vom 15. August 1898 wird berichtet, daß nur drei Verbände die Beiträge regelmäßig zahlen. In dieser Generalversammlung wird auch der Beschluß gefaßt, daß der Zentralverband eigene Werbungsorgane herausgeben soll, weil es nicht gelingt, die bestehenden Fachblätter an den Sitz des Zentralverbandes zu bringen. Die bestehenden Fachblätter werden außerhalb der Zentralorganisation in Form von lokalen Blättern errichtet. Der Vorstand des Zentralverbandes trat auch nach dieser Generalversammlung Vorbereitungen zur Herausgabe der neuen Fachorgane. Ein Verbandsmitglied, dem die Leitung eines der neuen beiden Fachblätter übertragen werden sollte, lehnte es ab, auf diese Weise die Bekräftigung der Organisation noch mehr zu fördern. Dieser Beschluß blieb ohne Erfolg. Und das war gut so.

Auf der Generalversammlung des Zentralverbandes vom 10. Dezember 1899 wird über die unbilligen Organisationsverhältnisse berichtet. Es wird beschlossen: Die Fachblätter „Glückauf“ und „Magdara“ gehen in den Besitz des Zentralverbandes über. Zur Durchführung dieses Beschlusses wird der Zentralverbandsausschuss in Verbindung mit den bestehenden Verbänden beauftragt, dies binnen fünf Monaten durchzuführen. Ferner wurde noch beschlossen: „Im Falle der Sitz des Zentralverbandes in Zurn bleibt, ist in Falkenau und Mährisch-Odra je ein Verband vom Zentralverbande anzustellen.“

Dieser Beschluß wurde sogleich in der kürzesten Zeit ausgeführt worden, wenn man die Dinge nach dem Gange der Debatten am Verbandsstage beurteilt. Inzwischen kam der große Streik im Jahre 1900 hinzu.

Dieser heftigste Kampf, getragen von einer schwachen Organisation, hauptsächlich der Unterstützung lediglich auf die Solidarität der Bergarbeiter, ungenügendem Widerstand und teilweisem Nachgeben der Arbeitgeber, eroberte, ebnete formell mit einer Niederlage, historisch gewertet, wie dieser Bergarbeiterstreik einer der erfolgreichsten die je-

eine Arbeiterschaft unter gleichen Umständen geführt hat. Zunächst erfolgte sofort nach dem Streik in allen Revieren eine ansehnliche Lohn-erhöhung und weiter wurde die gefällige Meinungsminderndigkeit erreicht.

Es war daher zu hoffen, daß die Bergarbeiterorganisation unter dem Eindruck dieses gewaltigen Ringens, das praktisch so günstig abgelaufen war, große Fortschritte machen wird. Leider trat das Gegenteil ein. Die Gegner der Bergarbeiter traten in nationalen und christlichen Gewände, Arbeiterfreundlichkeit vorgegebend, wie Hyänen auf das Schlachtfeld, verleinerten und beschuldigten die Streikleitenden, ohne Namen zu nennen, des Verrates und anderer Gemeinheiten mehr. Unter den Bergarbeitern entstand eine große Verwirrung: Alles liegt darnieder; die Bergarbeiterjauchten.

Dem Distriktsverbande in Zurn sind nach dem Streik nur 100 Mitglieder treu geblieben. Es sind die wenigen Fachgenossen, die an der Wiege der Bergarbeiterorganisation gestanden haben und die die jahrelange beherrschende Verfolgung sowie der Unternehmerterrorismus nicht zu heugen vermochte.

Im Mährisch-Odraer Revier sind ebenfalls alle Bande der Solidarität gelöst. Arbeiter, die im Verdachte standen, daß sie der Organisation treu bleiben, wurden seitens der blindernden Grubenkapitalisten aus dem Revier gejagt. Im Madnoer Revier ist auch alles deginiert und zerrieben. In Mürschau ist es nicht besser. Nur die Organisation im Falkenauer Revier hat sich unmittelbar nach dem Streik am besten behauptet.

Am 19. August 1900 hat die Gewerkschaftskommission in Wien auf Kosten der Gesamtorganisation aller Gewerkschaften eine Vertrauensmännerkonferenz der Bergarbeiter ebenso einberufen, um den Ausbau der Organisation planmäßig in die Wege zu leiten. Man kam überein, für den 14., 15. und 16. Oktober desselben Jahres eine Reichskonferenz in Wien abzuhalten. Auf dieser Konferenz sollte nun endgültig entschieden werden, ob der Zentralverband neben den Distriktsverbänden weiter bestehen soll, oder ob eine andere Verbindungsform geschaffen werden soll. Das Ergebnis der Beratung hinsichtlich der Organisation wurde in folgender Resolution niedergelegt:

„Im vollsten Vertrauen auf das bisherige Bestreben des Vorstandes des Zentralverbandes der Bergarbeiter Österreichs, die Zentralisation zu festigen und den modernen Bedürfnissen zu entsprechen, wird der Zentralverband beauftragt, vereint mit dem von der Reichskonferenz eingesetzten Exekutivkomitee den Ausbau der Unionsorganisation zu schaffen, sowie den Ausbau der Zentralorganisation der einzelnen Distriktsverbände durch Umwandlung der bestehenden selbstständigen Fachvereine, allgemeine Gewerkschaften, Arbeiterbildungsvereine sowie einzelner lebensfähiger Distriktsverbände in Ortsgruppen kräftiger Distriktsverbände herbeizuführen.“

Die Zeit der notwendigen Eile der Zentralverbandes wird nach erfolgter Aktivierung des Exekutivkomitees verfügt.“

Der Distriktsverband in Zurn protestierte in einer Versammlung gegen den Beschluß der Reichskonferenz, weil er darin die Förderung der Zentralisation nicht zu erkennen glaubte. Derselbe Verband stellte zufolge eines Beschlusses vom 2. Dezember 1900 für die Mitglieder den obligatorischen Bezug des Fachblattes ein und boykottierte somit dasselbe in einer Zeit, wo sich die Fachblätter infolge des Streits in der größten Bedrängnis befanden. Dieser Beschluß des Distriktsverbandes in Zurn wird in der Geschichtsschreibung zu den größten Fehlern gerechnet werden.

In der Generalversammlung des Zentralverbandes vom 3. Februar 1901 wird die Verlegung der Herausgabe der Fachblätter am Sitz des Zentralverbandes beschlossen. Die Ueberführung des „Glückauf“ erfolgt im August, die des „Magdara“ im Oktober desselben Jahres. Die Auflage des „Glückauf“ beträgt 3800 und die des „Magdara“ 1000 Exemplare. Beide Organe sind aus der Streizeit her sehr verschuldet und dabei bedeu die Einnahmen die laufenden Ausgaben nicht. Die Redaktion und Administration wird für beide Organe zusammen auf die absolut notwendigen drei Personen beschränkt, um auf diese Weise das Weitererzweigen nicht zu gefährden.

Am Verbandsstag des Zentralverbandes, vom 4. und 5. Mai 1902 wird der eigentliche Grundstein zur Union der Bergarbeiter Österreichs gelegt, denn dieser Verbandsstag beschloß:

„Die bestehenden Distriktsverbände haben sich als solche aufzulösen und ihre Ortsgruppen respektive Zweigvereine haben sich in Ortsgruppen der Union umzuwandeln.“

Die von der Reichskonferenz festgesetzte Reviereinteilung bleibt aufrecht, die bestehenden Agitations- und Organisationsvereine im Revier selbst bleiben bestehen.“

Der Vorstand des Zentralverbandes ging sofort daran, die Statuten für die Bildung der Union der Bergarbeiter Österreichs auszuarbeiten. Nach dreimaligem Einreichen wurde das Statut genehmigt. Schon am 23. und 24. Mai 1902 fand der konstituierende Unionstag in Zurn statt. Auf diesem Unionstag, der eine geschichtliche Wendung in der Entwicklung der Bergarbeiterorganisation ist, waren 61 Delegierte mit 7828 Mitgliedern vertreten. Davon kamen 55 Delegierte, die 6455 Mitglieder vertraten, den sofortigen Beitritt zur Union erklärt. 2 Delegierte mit 497 Mitgliedern behielten sich die Entscheidung des späteren Eintrittes vor, wofür auch tatsächlich erfolgte, und vier Delegierte mit 974 vertretene Mitgliedern erklärten sich als Gegner der Zentralorganisation.

Damit schließt die Entwicklung der Bergarbeiterorganisation bis zur Begründung der Union der Bergarbeiter Österreichs ab. Es ist ein langer, mit stetem unsicheren Tritten verbundener Weg! Mühen jene jungen Kämpfer, die mittlerweile in verstärkter Zahl der Bergarbeiterorganisation erschienen sind, daraus die Lehre ziehen. Die Alten haben nach vielen Irrungen den richtigen Weg gefunden. Mühen die jüngeren Kämpfer darauf weiterzukommen, zum unablässigen Kampfe, bis die allesbedrückende kapitalistische Feste geborsten ist.

Ueber die Stärke der Organisation vom Jahre 1901 bis zum 28. Mai 1903 informiert für die einzelnen Jahre folgende Zusammenstellung. Es gab organisierte Bergarbeiter:

Im Jahre	Zahl der Mitglieder	Im Jahre	Zahl der Mitglieder	Im Jahre	Zahl der Mitglieder
1891	818	1896	7 017	1900	7 715
1892	758	1897	7 850	1901	8 564
1893	3 238	1898	10 811	1902	7 816
1894	5 351	1899	13 083	1903	7 826
1895	9 800				

Wir sind mit diesem Rückblick, welcher nur die wichtigsten Entwicklungsmomente der Bergarbeiterorganisation vermerkt, am Schluß. Ueber die Entwicklung der Union der Bergarbeiter Österreichs berichten wir an anderer Stelle.

Die vielen Kämpfe, die wir mit den Unternehmern und den Verbänden geführt haben, sind in diesem Rückblick nur insoweit berücksichtigt worden, als sie zum absoluten Verständnis dieser Zeiten unerlässlich notwendig waren. Alles andere muß der späteren Zeit vorbehalten bleiben.

Es wird aber jetzt schon die Aufgabe des Vorstandes der Union der Bergarbeiter sein müssen, das Material zu einer Geschichte der Bergarbeiterbewegung zusammenzutragen, denn die Entwicklung der Bergarbeiterorganisation spielt sich mit vielen Unterbrechungen ab. Viele Jahre wurde der Kampf im Geheimen geführt, vorüber kein beschränkter Mut und Gewerkschaft gibt. Mit fanatischer Lust haben die Verbände und die Unternehmern jede öffentliche Betätigung unterdrückt. Dieses Stillschweigen ringsum der Bergarbeiter nach der Höhe des Lichtes lebt nur noch in der Erinnerung jener mutigen und opferwilligen Genossen, welche die Kämpfe miterlebte, mitgemacht haben, und bis auf den heutigen Tag der hohen Sache treugeblieben sind. Die Zahl dieser alten Kämpfer wird immer geringer. Ein Menschenalter ist dahin und die Zeit ist nicht mehr fern, wo wir den Letzten zur ewigen Ruhe begleiten werden. Diesen Kämpfern möge die Ruhe gesäumt sein, jedoch ihre Gedenken dürfen wir nicht mit in das Grab bestatten lassen, sondern sie müssen in der Geschichte der Bergarbeiter fortleben für die Gegenwart und für die Nachkommen als Ansporn in den künftigen Kämpfen.

Organisationen wurden gegründet. Doch im allgemeinen ging die Entwicklung noch recht langsam vorwärts. Erst als während des Verweilungskampfes der Grimmitzhauer Weber im Winter 1903/04 sich die ganze deutsche Arbeiterchaft diesen an die Seite stellte, begannen die Unternehmer die Gefährdung ihrer Massinteressen stärker zu fühlen und strömten in helle Haufen in ihre Organisationen, die nun wie Pilze aus der Erde schossen.

Gerade jetzt, wo ein gutes Jahr für den Beginn des Aufschwungs der Arbeitgeberverbände verstrichen ist, veröffentlicht das reichsstatistische Amt Resultate von Erhebungen über diese Organisationen. Die Ausbeute ist nicht allzu groß, und das ist erklärlich. Während das Organisationsleben der Arbeiter sich in breiter Öffentlichkeit abspielt, wirken unsere Gegner ständig hinter verschlossenen Türen. In diese Scheinhelligkeit, Regierungsermächtigung mündende Gesellschaft ist nicht einmal bereit, behördlich auf gestellte Fragen über ihre Organisation auch nur zu beantworten. Trotz alledem findet sich in der Statistik doch noch eine Menge Material, das verdient weitergegeben zu werden. Wie gewaltig das Anwachsen der Unternehmerverbände in letzter Zeit gewesen ist, das sagen klar und deutlich ein paar Zahlen. Von den Verbänden, die ihr Gründungsjahr angeben, entstanden 155 vor 1900, 142 von 1900 bis 1903 und 572 seit 1904. Und dann erst die Mitgliederzahlen und die Zahlen der bei ihnen beschäftigten Arbeiter. Trotzdem diese Verbände überhaupt keine oder nur mangelhafte Auskünfte gegeben haben, ist es möglich gewesen, das Vorhandensein von 159 405 organisierten Unternehmern zu erfassen, die zusammen ein Heer von 8 647 147 Arbeitern beschäftigen. Wenn man bedenkt, daß wir nach der letzten Statistik der Generalkommission nur 1 831 731 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter haben, dann wird einem so recht klar, was die Unternehmerverbände für eine Macht repräsentieren. Noch besser sieht man das aber, wenn man die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter beruflich gruppiert den Arbeitgeberverbänden und den bei ihnen beschäftigten Arbeitern gegenüberstellt. So sind in der Metallindustrie 5463 Unternehmer organisiert, die 648 666 Arbeiter beschäftigen. Die Mitgliederzahl des Metallarbeiterverbandes beträgt jedoch nur 360 000. Hier liegt aber das Verhältnis noch ziemlich günstig. Auch im Baugewerbe geht's noch an. Dort sind bei 2806 organisierten Unternehmern 568 481 Arbeiter beschäftigt, und den Verbänden der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter gehören 281 664 an. Anders sieht's schon im Bergbau, wo 177 den Verbänden angehörende Unternehmer 878 666 Arbeiter beschäftigen und 112 000 Bergarbeiter dem Verband angehören. Wird hier das Verhältnis durch die 75 260 „Christlichen“ noch ein wenig günstiger, so ist es in der Textilindustrie um so ungünstiger. Stehen doch in dieser Berufsgruppe 2501 organisierten Unternehmern mit 875 046 Arbeitern nur 116 403 Mitglieder des Textilarbeiterverbandes gegenüber. Wenn man auch in anderen Berufsgruppen die Dinge vielfach günstiger liegen, so sollten uns doch die oben angeführten Zahlen eine Mahnung sein, mit verdoppelter Energie an die Organisationsarbeit zu gehen. Zum doch auch die Unternehmerorganisationen alles, um sich schlafertiger zu machen. Ein Beweis dafür ist der neulich zwischen ihnen abgeschlossene Kartellvertrag. Während die von falschen Freunden genährten „Kirche“ und „Christlichen“ durch unwillkürlichen Bruderkampf die Aktionskraft der Arbeiterklasse herabmindern, finden sich die Arbeitervereine zu geschlossenem Handeln. Um die Erhaltung des heiligen Profits kämpft der Jude neben dem Christen, der Konvertierte neben dem Liberalen. Und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden die Wirkung dieses Zusammengehens spüren, wenn sie in Zeiten besserer Konjunktur, die bald kommen dürften, einen winzigen Wehranteil an den Kulturwerten beanspruchen. Dann werden die Kämpen des Kapitalismus nach altbewährter Methode, nach der die beste Abwehr der Angreif ist, die Arbeiter durch Ausperungen kirre zu machen suchen, um die proletarische Aktion zu lähmen. Haben es die Unternehmer doch schon in den letzten Jahren meisterhaft verstanden, auf diese Weise die Position der Gewerkschaften zu erschweren. Das sieht man an der Statistik der Ausperungen. Hier ein paar Zahlen aus dem Material der Generalkommission:

Jahr	Zahl der Ausgesperrten	Gesamtausgabe	Ansgabe pro Kopf der Ausgesperrten
		Mk.	Mk.
1900	14 650	600 493	41,06
1901	8 460	283 676	33,52
1902	6 791	308 023	45,36
1903	45 763	1 798 801	39,31
1904	31 402	1 870 647	59,57
1905	144 047	4 193 250	29,11
1906	93 356	5 315 079	56,63
1907	104 738	6 147 079	58,69
1908	60 576	1 823 675	30,11

Diese Zahlen reden eine eindringliche Sprache. Sie müssen nicht nur dem indifferenten Arbeiter, sondern vor allem auch dem nur beitragszahlenden Verbandsmitglied die Augen öffnen und ihn veranlassen, zum rührigen Agitator seines Verbandes zu werden. Nur mit innerlich geleisteten und durch steten Zugang vermehrte Reihen läßt sich der Unruhm der Unternehmerverbände auf die Arbeiterorganisationen abschlagen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Wie man das Volk ausplündert.

Im Jahre 1907 betrug die indirekten Steuern mit den durch sie verursachten Extraprofiten der Unternehmer und Zwischenhändler 4 000 000 000 Mark.

Es entfielen auf:

Steuern	Betrag
Steuern (ohne Zucker, Bier, Wein, Branntwein, Tabak)	639 000 000 Mk.
Reichs-, Staats- und Gemeindesteuern auf:	
Salz	50 000 000 "
Zucker	151 000 000 "
Bier	141 000 000 "
Branntwein	155 000 000 "
Wein	35 000 000 "
Tabak	95 000 000 "
Schlacht- und Maßsteuern	20 000 000 "
Grund-, Gewerbe- und Verkehrssteuern	809 000 000 "
Zusammen:	2 104 000 000 Mk.

Dazu Extraprofite der Unternehmer insolge der:

Agrarsteuern	835 000 000 Mk.
Industriezölle	900 000 000 "
Zuckersteuer	22 000 000 "
Biersteuer	53 000 000 "
Branntweinsteuer	63 000 000 "

Gesamtbelastung fast vier Milliarden!

Was das Zentrum niederkümmte!

Es stimmte gegen die Erbschaftsteuer, die bei 20 000 Mark Nachlass beginnen sollte, wenn jedes Kind mindestens 10 000 Mark erbt. Es stimmte gegen die Aufhebung der Fahrkartensteuer, gegen die Herabsetzung der Zuckersteuer, gegen die Bekämpfung der Trunksucht durch ein Prozent des Ertrages der Branntweinsteuer, gegen die Unterweisung der durch die neuen Steuern arbeitslos gewordenen Arbeiter der Brennerei, Brauerei- und Säbholzindustrie.

Was das Zentrum dem Volk an neuen Lasten aufhakte.

Kaffee- und Teezoll	87 000 000 Mk.
Biersteuer	100 000 000 "
Tabaksteuer	43 000 000 "
Branntweinsteuer	80 000 000 "
Schaumweinsteuer	5 000 000 "
Streichholz- und Säbwarensteuer	25 000 000 "
Glühkörpersteuer	20 000 000 "
Zuckersteuer	85 000 000 "
Fahrkartensteuer	20 000 000 "
Verkehrssteuern	112 000 000 "

Die deutsche Reichsfinanzreform und das englische Budget.

Der englische Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey legte dieser Tage ein Verlangen eines liberalen Mitgliedes dem Unterhause eine vergleichende Darstellung der deutschen Reichsfinanzreform, und des neuen, von den englischen Junkern so heftig bekämpften englischen Budgets vor. Die Gegenüberstellung der aus der deutschen Finanzreform erwarteten jährlichen Einnahmen und der von der englischen Regierung geforderten Mehreinnahmen zur Balancierung des nächstjährigen Etats gestaltet sich folgendermaßen:

	Deutschland	England
	Millionen Mark	Millionen Mark
Zee- und Kaffeezollerhöhung	37	0
Zuckersteuer	35	0
Biersteuer	100	0
Tabaksteuer	43	38
Branntweinsteuer	80	32
Schaumweinsteuer	5	0
Säbholz	25	0
Glühkörper	20	0
Grundstücksübertragungen	40	0
Stempel	89,5	1,8
Fahrkartensteuer	20	0
Lizenzgebühren (für Bierauschank usw.)	0	52
Erbschaftsteuer	0	57
Steuer von arbeitslosen Einnahmen	0	70
Grundwertzuwachssteuer	0	1
Automobilsteuer	0	1,2

Nach einer Berechnung der „Daily News“ treffen von den deutschen Steuern die breiten Massen 200 Mill., von den englischen aber nur 70 Mill. Dafür soll in England die Erbschaftsteuer jetzt 500 Millionen einbringen, während in Deutschland kumpige 55 Millionen brutal verweigert werden. Die Abgaben auf Lebensmittel sind überdies in England verschwindend gering, die direkte Besteuerung beginnt erst bei 3200 Mark Einkommen.

Wer brennt den Schnaps?

Eine interessante Liste über deutsche Schnapsbrenner macht der „Vorwärts“ in einer Nummer auf. Aus ihr ergibt sich, daß eine ganze Reihe von Brennereibesitzern dem Reichstage angehören, und zwar sind sie Mitglieder jener Parteien, die mit ganz besonderem Eifer daran waren, das Schnapssteuergesetz durchzudrücken und alle Bestrebungen auf Minderung oder Beseitigung der Liebesgabe abzuwehren, nämlich Mitglieder der Deutschen konservativen Partei, des Zentrums und der Polenfraktion. Außerhalb dieser Parteien finden wir ganz vereinzelt Brennereibesitzer im Reichstage, zum Beispiel Julius Sieg und Prinz Schwaich bei den Nationalliberalen.

Nachstehende Liste führt eine Anzahl Schnapsbrenner auf, die sich im Reichstage haben, unter Beifügung des Namens des Gutes mit Schnapsbrennereien, die sich in ihrem Besitze befinden:

1. Graf Fünd zu Fündenstein, Konf., Bartzewo.
2. Neßel, Konf., Salsken.
3. Frig Wildens, Konf., Sypniewo und DoDrin.
4. Stubbendorf, Reichspartei, Zapel.
5. Vöfcher, Reichspartei, Neuhof.
6. Dietrich, Konf., Neßelthün.
7. v. Kaphengst, Konf., Kolyow.
8. v. Dirksen, Reichspartei, Jessen.
9. v. Steinäder, Konf., Moensfelde.
10. Hans Edler v. Puttk, Konf., Warszewik.
11. v. Michaelis, Konf., Quagow.
12. v. Bonin, Konf., Wahrenbusch.
13. Graf Mathias v. Mielczynski, Pole, Chobienice, Großhly und Lenka.
14. v. Trzcinski, Pole, Wocanowo.
15. Fürst Radziwili, Pole, Gorkice und Przygodzice.
16. Graf Carmer-Osten, Konf., Niebe und Worne-Tschirna.
17. v. Heydebrand u. d. Laßa, Konf., Protisch.
18. Cuen, Konf., Korzhil.
19. v. Richtigosen, Konf., Damsdorf.
20. Graf v. Praschowa, Zentrum, Scheppanowik.
21. Fürst Johenlohe-Dehringen, Konf., Jarischaw, Kaltwasser, Wigawa, Slawenitz, Groß-Rassowik, Klein-Rassowik, Wilschin, Tschelau und Stupsko.

Die Liste macht keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit; es ist leicht möglich, daß uns dieser oder jener Name eines Edlen, der das praktische Gewerbe der Vergiftung des Volkes mit Fusel und die Gesetzesmacherei in seiner Person verbindet, entgangen ist. Wir wollten nur an der Hand von Beispielen die Tatsache erhärten, daß unter den Mitgliedern des Schnapsbrenneres eine Reihe Leute sich befindet, denen aus der Liebesgabe persönlicher materieller Vorteil erwächst. Wollte man noch in Betracht ziehen, wer von den vielen Junkern und Schlachtslügen, die den Reichstag zieren, mit Schnapsbrennerei verflochten und verschwägert ist, so würde man wahrscheinlich keinen einzigen ausschließen können. Wir sehen zum Beispiel, daß der edle Graf Mathias Mielczynski, der überaus eifrig für das Schnapssteuergesetz ins Zeug ging, auf dreien seiner Güter Fuselgift produzieren läßt; im Adressbuch der Güter der Provinz Posen finden wir eine Komtesse Konstantia Mielczynska auf Retowo, eine Komtesse Soverina Mielczynska auf Sannik, eine Frau v. Kurnatowka, geborene Gräfin Mielczynska auf Domkowo, und alle diese Güter haben Schnapsbrennereien. Wir sind in der Genealogie der v. Mielczynski nicht bewandert, glauben jedoch annehmen zu müssen, daß die Damen Wntzernwante des edlen Grafen Mathias sind. Somit kommen für das Geschlecht der Grafen Mielczynski nicht drei, sondern mindestens sechs Brennereien in Betracht; die Liebesgabe sichert der Sippe einen ansehnlichen Bagen Geld. Graf Dohna-Schlöbitten hat zufällig keine Schnapsbrennerei auf seinen Gütern, auch der Januschauer Oldenburg nicht, noch Graf zu Stolberg; aber der Dohnas, Oldenburgs und Stolbergs gibt es viele und die meisten von ihnen brennen eifrig Schnaps und stecken die Liebesgabe ein, für die die Repräsentanten der edlen Geschlechter im Reichstage so eifrig wirkten.

Nun sollte man meinen, die Herren, die persönlich im Besitze von Schnapsbrennereien sind oder mit den Schnapsbrennern verflochten sind, wähen wenigstens den Scheln und enthalten sich der Abstimmung bei der Entscheidung über ein Gesetz, das ihnen und ihrer Sippe die Schnapsliebesgabe aufhakt! Weit gefehlt! Alle diese hochgebildeten Herren, die peinlich bedacht sind, die Formen des Anstandes und der Courtoisie im privaten Leben zu wahren, sie finden es mit dem politischen Anstande und der politischen Moral wohl vereinbar, ihre Stimme in die Waagschale zu werfen, wo es gilt, durch ein Gesetz ihnen und den Ihren auf Kosten der Schnapsbrenner, also zumteil der Elenden und Enterbten, Extraprofite zu verschaffen.

Der Entscheidende, die Liebesgabe betreffende Paragraph des Schnapssteuergesetzes wurde in namentlicher Abstimmung mit 206 gegen 142 Stimmen angenommen. Von den aufgezählten Schnapsbrennern waren ein paar nicht anwesend, die übrigen stimmten mit Ja. Hätten sich alle Abgeordneten, die persönlich an der Sache interessiert sind, der Abstimmung enthalten, wie es die einfache Anstandspflicht gebietet, die Liebesgabe wäre gefallen.

Da sich die obigen Herren der Abstimmung nicht enthalten, können sich ja die Arbeiter des Genusses ihres Fusels enthalten. Auge um Auge, Zahn um Zahn!

Die wirtschaftliche Krise in der Metallindustrie.

Raum ein anderer Industriezweig ist von der wirtschaftlichen Krise so hart betroffen worden wie die Metallverarbeitung. Die angerichteten Verkürzungen sind ganz furchtbare. Am deutlichsten kommt das zum Ausdruck in den Berichten der Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften für das Jahr 1908, die nunmehr vollständig erschienen sind. Diese Genossenschaften, acht an der Zahl, welche die gesamte deutsche Eisen- und Stahlverarbeitung umfassen, zählten im Jahre 1907 zusammen 1 200 269 Arbeiter, welche 1 494 464 000 Mark an Löhnen und Gehältern erhielten. Im Jahre 1908 wurden nur 1 177 700 Arbeiter gezählt, die 1 444 650 280 Mk. an Lohn erhielten. Es hat demnach die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 22 470 und die Summe der gezahlten Löhne um 50 804 711 Mark abgenommen. Verhältnismäßig ist der Rückgang der Löhne größer als der der Arbeiterzahl. Das hat seinen Grund darin, daß stark Arbeiterentlassungen vielfach Festerlöshöhen vorgenommen wurden. Infolgedessen sind also auch die durchschnittlichen Löhne sämtlicher Arbeiter zurückgegangen und zwar von 1245 Mark im Jahre 1907 auf 1227 Mark im Jahre 1908.

In den einzelnen Berufsgruppen und Gebietskreisen war der Einfluß der Krise natürlich ein sehr verschiedener. Am stärksten war er wohl bei der Schwelbdeutschen Eisenberufsgenossenschaft, welche Eisen- und Stahlarbeiter umfaßt. Bei dieser verminderte sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 70 354 auf 60 507 und die Summe der gezahlten Löhne von 83 Millionen auf 71 Millionen Mark. Im Jahre 1907 entfiel auf einen Arbeiter ein Durchschnittslohn von 1230 Mark, im Jahre 1908 aber nur von 1195 Mark. Schlechte Geschäfte hat auch die Rheinisch-Westfälische Glätten- und Walzwerkindustrie gemacht. Bei dieser verminderte sich die Arbeiterzahl von 174 868 auf 168 442 und die Summe der gezahlten Löhne von 266 auf 251 Millionen Mark. Bei der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft verminderte sich die Zahl der Arbeiter von 160 042 auf 152 070, die gesamte Lohnsumme von 179 auf 172 Millionen Mark und der Durchschnittslohn eines Arbeiters von 1148 auf 1187 Mark. Verhältnismäßig am günstigsten war die Situation noch in Schlesien. Auffällig ist das Ergebnis der Nordöstlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft (Brandenburg, Pomern, Ost- und Westpreußen), bei welcher die Zahl der Arbeiter von 123 765 auf 124 948 stieg, die Lohnsumme sich aber von 148 auf 144 Millionen Mark verminderte.

Einen ähnlichen Rückschlag hatte die deutsche Metallverarbeitung nur im Jahre 1907 gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen; doch war hier die Verringerung sowohl der Arbeiterzahl als auch der Lohnsumme nicht so erheblich wie 1908.

Ein interessantes Budget.

Der Zufall ermöglicht es, einen verschwiegenen Blick in das Gehälterbudget der Versicherungsgesellschaft Iduna für 1908 zu werfen. Die dabei sich ergebenden Biffer sind so interessant und lehrreich, daß es sich verlohnt, ihnen einige Beachtung zu schenken. Hier die Aufstellung selbst:

Generaldirektor Osterloh	20 000 Mk.	+ 84 000 Mk. Lantime.
Direktor Dr. Gärtner	9 000 "	+ 11 000 "
" Gase	10 000 "	
" Kühn	9 000 "	
	48 000 Mk.	+ 45 000 Mk. Lantime.
2 Prokuristen	11 300 Mk.	
12 Bureauvorsteher	35 200 "	
5 Beamte à 2500 Mk.	12 500 "	
2 " à 2400 "	4 800 "	
6 " à 2100 "	12 600 "	
10 " à 1800 "	18 000 "	
11 " à 1600 "	17 600 "	
14 " à 1500 "	21 000 "	
9 " à 1400 "	12 600 "	
18 " à 1300 "	23 400 "	
16 " à 1200 "	19 200 "	
13 " à 1100 "	14 300 "	
19 " à 1000 "	19 000 "	
5 " à 800 "	4 000 "	
31 " à 720 "	22 320 "	
29 " à 680 "	19 720 "	
81 " à 600 "	48 600 "	
302 Beamte	383 600 Mk.	
6 Aufsichtsratsmitgl.	60 187,81 "	Lantime.

Die gesamten hier dargestellten Gehälter und Entschädigungen machen demnach einen Betrag von 492 847,81 Mk. aus, ohne die Lantime an den Aufsichtsrat 426 660 Mk. Nach der bekannten Methode Kapitalkosten der Löhne- oder Gehaltsberechnungen wird es nun heißen: Ja, da bekommt im Durchschnitt ein jeder Angestellter also 1000 Mk. jährlich. Das ist nicht fürstlich, aber unter heutigen Verhältnissen läßt sich eben nicht mehr zahlen usw. — Wir glauben nicht, daß die Mehrheit der Angestellten der Iduna auch nur ein Starbenschwörtchen der Unzufriedenheit äußern würden, wenn der Durchschnitt von 1000 Mk. zuträfe. Freilich, die 47 Personen, die über diesen Betrag entschädigt werden, möchten wohl recht sehr murren, aber was wollten die paar Mann gegenüber den 250 anderen bedeuten, die sich samt und sonders besser stehen würden!

Am der Spitze der Empfänger marschieren der „Generaldirektor“ Osterloh mit seinen 54 000 Mk. Entbehrenslöshen. Nehmen wir an, der Mann „arbeitet“ pro Werktag 10 Stunden (so viel wird's freilich nicht sein), so wären das alljährlich 3000 Stunden und für jede dieser Stunden ein „Lohn“ von 18 Mk., ungefähr das, was die fünfte Kategorie der Angestellten von unten auf, worunter sich nach unserer Kenntnis gereifte Männer befinden, pro Woche verdient! Hinter diesen kommen aber noch 46 Schlechtergestellte! 81 der am aller schlechtesten bezahlten Angestellten verdienen nicht so viel, als dieser eine Mann mit dem Generaldirektor-Titel! Das spricht Bände. — Dann kommt im weiten Abstände der zweite Direktor, der „nur“ 20 000 Mk. bezieht, darunter 11 000 Mk. Lantime für gute Leistungen im — Rechnen. Die vier Direktoren bekommen mit ihren 93 000 Mk. etwa ebensowiel, wie 146 Angestellte, die doch gewiß auch ihre Kraft dem Unternehmen zu widmen haben. Noch krasser ist das Beispiel der sechs Aufsichtsratsmitglieder, deren jedes für seine mühevollen Wirksamkeit das Trintgeld von 11 031,80 Mk. jährlich bezieht, soviel wie 10 schwer sich mühende Angestellte oder Arbeiter zum Unterhalt ihrer Familien erwerben können, die aber nicht einmal zu den Verrenteten gerechnet werden dürfen.

Wir wollen die Vergleiche nicht weiter führen, auch nicht darauf eingehen, woher die schweren Summen stammen, die den Herren Direktoren und Aufsichtsräten gezahlt werden. Die Angestellten der Versicherungsbetriebe aber mühen sich an den Biffen erziehen, wie angebracht es für sie wäre, sich ebenfalls zusammenzutun und den Kampf für die Verbesserung ihrer Existenz aufzunehmen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Ein deutscher Montantrakt in Sicht.

Seit einigen Wochen steht die Börse im Zeichen einer stillen Kaufs. Die Geschäftstätigkeit der Börse hat einen Umfang angenommen, der seit Jahrzehnten nicht zu verzeichnen war, die Kurse der verschiedenen Industriestellen haben das Niveau der verflochtenen Hochkonjunkturperiode wieder erreicht und mehrfach sogar überschritten. Ganz besondere Beachtung fanden die Aktien der führenden Montanunternehmungen in dem Spekulationsstreben, gegen dessen Fortsetzung zu warnen auch nicht zuletzt der Zweck der Erhöhung des Reichsbankdiskonts von 3% auf 4 Prozent gewesen ist. Stützt sich die Börsenhausse zwar auf die Besserung der allgemeinen Konjunktur, so kann doch nicht übersehen werden, daß die enormen Steigerungen der Entlohnung der Wirtschaftslage weit vorausgehen, sie entsprechen einem glänzenden Geschäftsgang der Industrie, von dem nur noch recht weit entfernt sind. Die „V. Z.“ glaubt die Vermutung auszusprechen zu können, daß die Börse in den Aktien der Montanindustrie für Bergbau und Hüttenbetrieb Hörsing, der Bergwerks-Gesellschaft Welschbühl und der Deutsch-Luzemburgischen Bergwerks-Gesellschaft vielleicht darauf zurückzuführen sei, daß in letzter Zeit der Wunsch besonders reger war, diese drei Gesellschaften zu verknüpfen. Daß in der deutschen Montanindustrie starke Vertikalisierungsbestrebungen sich ihrer Ausföhrung nähern, haben wir zu wiederholten Malen eingehend berichtet. Die Auflösung der deutschen Hüttenindustrie dient diesen Bestrebungen. Die führenden Werke in der Eisenindustrie, die heute schon trustähnliche Organisationen darstellen, wollten die Bahn für die Durchföhrung ihrer Vertikalisierungspläne freimachen. Es wird ferner angenommen, daß die stärkste Vereinigung in der deutschen Eisenindustrie, der Stahlwerksverband nach der Absicht der Großen im Eisenreiche in nicht zu ferner Zeit seine Existenz beschließen wird. Der jetzt geltende Stahlwerksverbandstrakt läuft bis 1912; die größten gemischten Werke betreiben mit allen Kräfte Vorbereitungen, um sich für die Auflösung des Stahlwerksverbandes einzurichten. Schon seit langem ist in der Syndikatspresse ganz allgemein erklärt worden, daß die großen gemischten Werke die Lage, wie sie durch die Kartelle in der Eisenindustrie geschaffen ist, als technisch und wirtschaftlich veraltet ansehen und einer neuen Wirtschaftsform, dem Trust, zustreben. Zu den Stützen des kommenden Trusts werden neben Hörsing und Welschbühl die Werke des Großindustriellen Thyssen gezählt. Inzwischen ist aber die Verbindung zwischen Thyssen und den beiden Gesellschaften gelöst worden; es verlautet, daß Thyssen einen neuen Hüttenkonglomerat schaffen wollte; das Werk Thyssen plane eine Fusion mit der Deutsch-Luzemburgischen Bergwerks-Gesellschaft, wurde später demontiert. Die Annahme, daß die Deutsch-Luzemburgische Bergwerks-Gesellschaft, die früher das Vieblingsoberleit Verbandsverwaltungen war, von einer anderen Seite zur Fusion aufzuföhren sei, gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit. Gemäß werden diese Fusionspläne nicht von heute auf morgen verwirklicht werden, aber fest steht, daß die Vertikalisierung in der deutschen Montanindustrie sehr schnell marschiert.

Die deutsche Kaliindustrie und die amerikanischen Düngertests.

Die erneuten mehrseitigen Verhandlungen der bisherigen Teilnehmer des Kalisyndikats über den Abschluß eines neuen Vertrages führten zur Ordnung einer ausgesprochenen Kampforganisation gegen die amerikanischen Düngertests und die ihrem Einfluß unterliegenden deutschen Kaliwerke. Seit Monaten wurde in der Kaliindustrie um die Erneuerung des Syndikats gekämpft, die Hauptschwierigkeiten, die einer Einigung entgegenstanden, ergaben sich zum Schluß daraus, daß in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli, als für wenige Minuten der Syndikatsvertrag aufgehoben war, kurz nach Mitternacht kam ein Protokoll zustande, während um 12 Uhr der bis dahin geltende Vertrag außer Kraft trat, die sogenannte Schmidtmanngruppe, zu der die Kaliwerke Wschersleben und Solbitz gehören, einem neuerlicheten Düngertest, dem Nordtrust, große Mengen Kali außer Syndikatsverkaufte. — Immer wieder war seitdem versucht worden, zwischen den übrigen Kaliwerken und der Schmidtmanngruppe Vereinbarungen über die Uebernahme der unter Umgehung des Syndikats vorgenommenen Käufe herbeizuföhren, um die Werke Wschersleben und Solbitz in das neue Syndikat hineinzubringen. Nun besteht in Amerika ein zweiter Düngertest, der Südrust, der zwei Drittel der Aktien des Kaliwerkes „Einigkeit“ besitzt. Anfanglich wollten die Vertreter der Gesellschaft „Einigkeit“, die natürlich nach den Anordnungen des Südrusts handeln, sich dem erneuerten Syndikat anschließen. In den Verhandlungen der letzten Tage scheiterte aber nicht nur die Einigung mit der Schmidtmanngruppe und dem hinter ihr stehenden Nordtrust, auch mit dem Südrust, vertreten durch die „Einigkeit“, konnte keine Verständigung erzielt werden. Der Südrust stellte verschiedene Forderungen, die von den deutschen Werken zurückgewiesen wurden, u. a. beanspruchte er ein Mitbestimmungsrecht für die Festsetzung der Preise für Amerika. Das Zustandekommen des neuen Syndikatsvertrages schien weiter dadurch erschwert, daß die Werke Wschersleben, Solbitz, Wschersleben und Thüringen mit der Gesellschaft „Einigkeit“ eine Verkaufsvereinbarung geschlossen hatten. Nachdem ein Syndikatsjurist ein Gutachten dahin abgab, daß die vier Werke unter den veränderten Verhältnissen sich nicht mehr an den Vertrag mit „Einigkeit“ gebunden zu erachten brauchen, daß Syndikat sich überdies bereit erklärte, alle für die vier Werke aus ihrem Austritt aus der Verkaufsvereinbarung sich ergebenden Differenzen gemeinsam zu tragen, lösten diese Werke ihren Bund mit „Einigkeit“. Nach dieser Erklärung kam der Beschluß zustande, das Syndikat für ein Jahr zu erneuern, aber unter Ausschluß der Werke Wschersleben, Solbitz und Einigkeit. Die Folge dieses Beschlusses wird ein Preiskampf in Amerika sein, wenn nicht inzwischen doch noch eine allgemeine Verständigung erzielt werden sollte. Die Verhandlungen sowohl mit dem nordamerikanischen, als auch mit dem südamerikanischen Düngertest sind zwar abgebrochen worden, aber es verlautet, daß der Lichtstrahl des Kalisyndikats mit dem Südrust durch die Gesellschaft „Einigkeit“ bereits von neuem in Unterhandlungen getreten ist.

Aus den Unternehmerverbänden.

Statistik der Arbeitgeberverbände.

Im Frühjahr dieses Jahres veranstaltete das Kaiserliche Statistische Amt Erhebungen über die Zahl und die Ausdehnung der deutschen Arbeitgeberverbände. Das Ergebnis dieser Ermittlungen liegt jetzt vor. Das Amt hat insgesamt 2501 Verbände in seiner Statistik erfasst. Die deutschen Arbeitgeberverbände sind bekanntlich auf zweifacher Grundlage errichtet, einmal auf sachlicher Grundlage insofern, als sich die Arbeitgeber eines und desselben Gewerbezweiges zu Verbänden zusammengeschlossen haben, und zweitens in der Weise, daß für einzelne Orte oder Bezirke sogenannte gemischte Arbeitgeberverbände gebildet haben, welche die sämtlichen Arbeitgeber der verschiedenen Gewerbezweige innerhalb eines Bezirkes zusammenfassen. Das Amt hat festgestellt, daß in den beruflichen Arbeitgeberverbänden, jedoch einschließlich der beiden Zentralen, Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und Verein Deutscher Arbeitgeberverbände, die bekanntlich auch gemischte Verbände umfassen, 159 304 Betriebe, die 3 648 679 Arbeiter beschäftigen, organisiert sind. Damit ist die Zahl der organisierten Arbeitgeber: natürlich durchwegs nicht erschöpft. Abgesehen davon, daß die Statistik nicht sämtliche Arbeitgeberverbände umfaßt, vielmehr die Angaben über einen Teil dieser Verbände fehlen, kommen zu diesen beruflichen Arbeitgeberverbänden, zu denen die gemischten Bezirks- und Ortsverbände hinzu. In diesen sind 42 822 Arbeitgeber, die 1 562 064 Arbeiter beschäftigen, organisiert. Rechnet man zu den oben festgestellten beruflichen Verbänden noch diejenigen gemischten Verbände, welche sich einer Organisationsform nicht angeschlossen haben, noch hinzu, so ergeben sich 1 933 381 Betriebe, die 3 559 073 Arbeiter beschäftigen. Die beiden Zentralen, Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und Verein Deutscher Arbeitgeberverbände zusammen, umfassen hierbei 33 644 Betriebe mit 2 493 142 beschäftigten Arbeitern. Aus diesen Zahlen dürfte die hervorzuhebende Entwicklung, welche die deutsche Arbeitgeberverbandsbewegung genommen hat, zur Genüge erhellen, eine Entwicklung, die um so höher zu bewerten ist, als eine eigentliche planmäßige und einheitliche Durchföhrung der Arbeitgeberverbandsidee im wesentlichen erst seit wenig mehr als 10 Jahren eingeleitet hat.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Leistungen der Gewerkschaften.

Die Leistungen der Reichstagsgewerkschaften wird behauptet, daß der Reichstagsgewerkschaften nicht die Duldung der Arbeiter sei; die Reichstagsgewerkschaften seien vielmehr ein Mittel zur Förderung der Arbeiterbewegung. Dieser unwahren Behauptung entgegenzusetzen ist die folgende Tabelle, welche das Reichstagsgewerkschaftenamt veröffentlicht:

Es hatten Mitglieder im Jahre 1908 die

freien Gewerkschaften	1 865 500
christlichen	204 519
Selbst-D.	105 588

Es zahlten aus im Jahre 1908 an Arbeitslosen-Unterstützung die

freien Gewerkschaften	8 184 888 Mk.
christlichen	134 450 "
Selbst-D.	288 008 "

Für Rechtschutz, sonstige Unterstützungen (Krankengeldzuschüsse, Invalidenunterstützung, Umzugskosten usw.) zahlten 1908 aus die

freien Gewerkschaften	20 004 787 Mk.
christlichen	976 808 "
Selbst-D.	408 818 "

Für Ausperrungs-, Streik- und Gewahrgelten-Unterstützung zahlten 1908 aus die

freien Gewerkschaften	6 250 002 Mk.
christlichen	424 002 "
Selbst-D.	180 840 "

Für Unterstützungen insgesamt verausgabten also in einem einzigen Jahre die

freien Gewerkschaften	54 908 817 Mk.
christlichen	1 535 898 "
Selbst-D.	824 728 "

Wie Ihnen uns wohl damit Vergnügen, diese wenigen Angaben nach amtlichen Quellen zu machen. Es zeigen, was die freien Gewerkschaften tatsächlich für ihre Mitglieder leisten.

Eine Tarifstatistik des Brauereiarbeiterverbandes.

Die ersten Tarife des Brauereiarbeiterverbandes reichen bis in die Mitte der neunziger Jahre zurück. Größere Ausbreitung im Bereiche des Brauereiarbeiterverbandes gewonnen die Tarife jedoch erst seit Ende der neunziger Jahre. In die Tarife einbezogen sind sämtliche Arbeiter der Betriebe, mit den wenigsten Ausnahmefällen, wo einzelne Gruppen der Arbeiter für die Organisation zurzeit nicht zu gewinnen waren. Außer auf Brauereien erstrecken sich die Tarife auch auf eine ansehnliche Zahl geschäftlich angeschlossener oder verwandter Betriebe: Malzfabriken, Biermiederlagen, Brennereien, Seltersfabriken usw. Jetzt arbeiten schon über 50 000 Berufsarbeiter unter tariflich geregelten Verhältnissen.

In den letzten drei Jahren schloß der Brauereiarbeiterverband Tarifverträge ab: im Jahre 1906: 115 mit 244 Betrieben für 6058 Personen, im Jahre 1907: 108 mit 404 Betrieben für 16 208 Personen, und 1908: 177 für 313 Betriebe und 10 205 Personen. Am 1. Januar 1909 bestanden 557 Tarifverträge für 1248 Betriebe mit 52 045 Personen. Davon entfallen auf Brauereien 478 Verträge für 1185 Betriebe mit 50 260 Personen; auf Malzereien 86 Verträge für 87 Betriebe mit 789 Personen; auf Biermiederlagen 31 Verträge für 40 Betriebe mit 543 Personen; auf Brennereien, Seltersfabriken usw. 12 Tarifverträge für 27 Betriebe mit 444 Personen.

Im Laufe dieses Jahres haben die Tarife wieder größere Ausbreitung erlangt. Nach Abzahlung der Abgänge durch Ablauf verschiedener Tarife und Zugablung der erneuerten und neuabgeschlossenen Tarife, die registriert und nach Ablauf eines jeden Vierteljahres festgesetzt werden, hatten am Schluß des dritten Quartals 820 Tarife für 1270 Betriebe mit 52 538 beschäftigten Personen Gültigkeit.

Die christlichen Gewerkschaften und die Bischöfe.

Auf der internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsföhren, die im August 1908 in Zürich stattfand, stand bekanntlich von deutscher Seite entschiedene Worte gegen die Bischöfe gefallen, die gegen die Interprofessionallität der Arbeiterorganisationen sind, weil sie darin eine Verhärtung des Seelenheils ihrer katholischen Schäfchen erblickten. „Bis Herder und nicht weiter“ — rief der Abgeordnete Schiffer den Bischöfen zu. „Sie haben das Recht und die Pflicht, in religiösen und kirchlichen Dingen und die Wege zu weisen, aber wo es sich um rein wirtschaftliche Dinge handelt, hat der Bischof kein Recht, ein Mandatwort zu sprechen.“ Und der christliche Metallarbeiterführer wieder meinte: „Auf diesem Gebiete gilt, wenn irgendwas, die Meinung, den Anfängen zu widerstehen. Deshalb ist es unsere Pflicht, den kirchlichen Oberen beizubringen, daß es ein Irrtum ist, in den wirtschaftlichen Kämpfen die katholischen Arbeiter von ihren evangelischen Genossen zu trennen.“

Diese Worte zeigten nicht nur nach Deutschland, sondern auch nach Holland, wo die Bischöfe aus ihrer Abweisung gegen die Interprofessionallität der Gewerkschaften noch viel weniger ein Gehl machen. Auf die holländischen Bischöfe hat indessen die Züricher Kundgebung der Herren Schiffer, Wieder und Genossen nicht den mindesten Eindruck gemacht, denn ein Jahr darauf, im Juli 1909, erließen sie ein Pastorale, worin sie als ihren „erzählenden und ausdrücklichen Wunsch“ bezeichnen, „daß die ihnen unterstellten Katholiken sich vereinigen und vereinigt bleiben in katholischen Organisationen“, und zwar sollen in diesen Organisationen „die katholischen Prinzipien zu ihrem vollen Rechte kommen“. Die allgemeinen Statuten der katholischen Berufsverbände sollen der Bekämpfung des Bischofs bedürfen, der auch den „geistlichen Beirat“ (Adviseur) zu ernennen hat. Dieser „geistliche Beirat“ hat „darüber zu wachen, daß keine Beschlüsse gefaßt werden, die mit der Religion und der Moral im Widerspruch stehen, für die religiösen und sittlichen Interessen der Vereinigungen und ihrer Mitglieder zu sorgen und den Frieden sowohl zwischen den Mitgliedern untereinander als auch mit anderen Vereinigungen und Ständen zu fördern.“

Das bedeutet die völlige Unterordnung der christlichen Gewerkschaften unter die kirchliche Autorität. Wie verhalten sich nun demgegenüber die Kollegen und Gesinnungsgenossen der Herren Schiffer, Wieder usw. in Holland? — Sie unterwerfen sich vollständig! Die stärkste christliche Organisation in Holland, die bisher auf interprofessionellem Boden stand, ist die „Unitas“, der Verband christlicher Textilarbeiter, auf dessen Bundesgenossenschaft die Christlichen in Deutschland am festesten bauen zu können glauben. Im Bezirk Zwente (Oberijssel), wo die holländische Industrie ebenso wie die christliche Gewerkschaftsbewegung ihren Mittelpunkt hat, sind jüngst die Vertreter der „Unitas“ mit den Vorständen katholischer Arbeitervereine zusammengelassen und haben nach langer Beratung beschlossen, daß nunmehr, nachdem die Bischöfe sich für die „nationale katholische Fabrikorganisation“ ausgesprochen haben, den Mitgliedern der „Unitas“ angeraten werden soll, in die katholischen Fachabteilungen einzutreten!

Die christlich-interprofessionelle „Textilarbeiter-Zeitung“ (Deutschland) bemerkt kleinlaut, daß allem Anschein nach die holländische christliche Gewerkschaftsbewegung „in vollständig neue Bahnen einzutreten“ werde. Herr Schiffer, der Führer der christlichen Textilarbeiter, findet nicht mehr, wie in Zürich, scharfe Worte der Abweisung gegenüber der bischöflichen Umarmung, er begnügt sich, der „Unitas“ vorzuhaltend, daß sie als Mitglied der internationalen Textilarbeitervereinigung doch wohl gut getan hätte, vorher eine Aussprache mit den führenden Kollegen der internationalen Vereinigung herbeizuföhren, oder ob denn nicht die Sache der „Unitas“ auch Sache der internationalen Textilarbeiterbewegung sei?

Die deutschen christlichen Gewerkschaftsföhren haben Grund, kleinlaut zu sein. Wer weiß, wie bald auch für sie die Zeit kommt, wo sie dem bischöflichen Machtgebot sich fügen und dem „Adviseur“, dem geistlichen Vertrauensmann des Episkopats, die Sorge darüber anvertrauen, daß in ihren Organisationen stets die „katholischen Prinzipien“ gewahrt und die Mitglieder „zur Friedfertigkeit mit anderen Ständen“ erzogen werden.

Drei christliche Geldentaten.

Bei der Firma A. Rebslein in Pforzheim kam es kürzlich zu Differenzen, weil die Firma das schriftlich gegebene Versprechen, so lange keine neuen Arbeitskräfte einzustellen, bis die vorhandenen voll beschäftigt werden können, gebrochen hatte. Durch Vorstellwerden von zwei hierzu beauftragten Arbeitern wurde zwar die Sache wieder geregelt, die beiden wurden aber zwei Tage später entlassen. Die übrigen Arbeiter, die sämtlich Mitglieder des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands sind, erklärten sich mit den Gemahregelten solidarisch und verlangten die Zurücknahme der Entlassungen. Herr Rebslein erklärte jedoch, daß ihm das heilige „christliche“ Gewerkschaftskartell zu viele Schuhmacher zur Verfügung stelle, wie er brauche. Als hierauf die Arbeiter in den Ausstand traten, standen schon zwei christlich organisierte Arbeiter unter Bedeckung eines Schuhmannes dem Hause gegenüber und besetzten die Plätze der Ausständigen. Auch dem Gauer gegenüber erklärte Herr Rebslein, daß ihm der Kassierer des „christlichen“ Gewerkschaftskartells in Pforzheim Arbeitskräfte besorgen werde. Als der Vorsitzende des christlichen Lederarbeiterverbandes wegen dieser Sache zu einer Versammlung eingeladen wurde, erklärte er, er komme nicht, er habe noch mehr Kollegen, die er zu Rebslein schicken

werde. Also, nach allen Regeln der Kunst ein christlich organisierter Streikbruch. Dabei ist noch zu erwähnen, daß diese christlichen Streikbrecher nicht etwa vorher ohne Beschäftigung waren, sondern sie befanden sich vielmehr in Arbeit; sie haben sie verlassen, um bei Rebslein Streikbrecher zu spielen.

Bei der Lohnbewegung der Schuhmacher in Roubaix, die im vergangenen Frühjahr stattfand, wurde vom „Zentralverband“ und vom „Christlichen Verband“ ein gemeinsamer Tarif aufgestellt. Nachher richteten aber die Christlichen einen wesentlich niedrigeren Tarif an die Meister ein, der jedoch von den Meistern ebenfalls abgelehnt wurde. Bei dem Veruche, Unterhandlungen anzubahnen, erklärten die drei „Vertreter“ des „christlichen“ Verbandes einem Meister, daß man eigentlich mit dem alten Tarif zufrieden sein könne. — Nachher reduzierten die „Christlichen“ ihren eingereichten Tarif nochmals und — wie die Meister selbst mitteilten, wurde ihnen dieser zweimal reduzierte Tarif zur Anerkennung mit dem Bemerkten vorgelegt, sie müßten nur unterzeichnen, mit der Bezahlung befreiten sie es ja nicht so genau zu nehmen.

Um die Befestigung einiger Mißstände im Betriebe herbeizuföhren, sah sich die Zahlstelle Heddingen (Hohenzollern) des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands veranlaßt, Heddingen und Stellen für Zuschneider zu sperren. Die Christlichen widersprachen, sich dieser Maßnahme anzuschließen und warnten in ihrem Organ auch tatfächlich für den Zugang. Jetzt ist festgestellt, daß die Christlichen sich bemühten, Zuschneider nach Heddingen und Stellen zu bringen. Sie versprechen den Zuschneidern eine Arbeitsstelle unter der Bedingung, daß sie dem „Christlichen Schuh- und Lederarbeiterverband“ beitreten.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Ein Genossenschaftsjubiläum.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz hat seinen letzten Geschäftsbericht über das fünfzigjährige Bestehen herausgegeben. Er gibt ein treffliches Bild von dem Werden der bedeutendsten Konsumgenossenschaft Deutschlands. Von 121 Mitgliedern mit 21 108 Mk. Umsatz im Geschäftsjahre 1884 bis 1885 ist der Verein auf 40 006 Mitglieder mit 10 808 056 Mk. Umsatz im Jahre 1908 bis 1909 gestiegen. In dieser Zeit hat er — einschließlich 1 400 552 Mk. für das Jahr 1908 bis 1909 14 393 806 Mk. Umlaufvermögen an seine Mitglieder gewährt. Im Gröbe übertrifft ihn auf dem Kontinent nur der Konsumverein Breslau, der zwar 87 310 Mitglieder hat, aber nur 215 Mk. Umsatz pro Kopf, Leipzig-Plagwitz dagegen 416 Mk. Der Wert der Eigenproduktion betrug im letzten Geschäftsjahre 5 515 770 Mk.; damit marschiert der Verein an der Spitze aller Konsumvereine. Um zu dieser Höhe zu gelangen, hat es allerdings Kämpfe und Schwierigkeiten genug gekostet. Der Bericht schildert sie in knapper, aber eindrucksvoller Weise.

Im zehnten Geschäftsjahre hatte der Verein 18 Äden und ein Spezialgeschäft für Manufaktur-, Textil- und Schmittwaren. Der Umsatz war auf 1 850 000 Mk. gestiegen, die Zahl der Mitglieder auf 5406, 1890 errichtete der Verein eine eigene Dampfmaschine. Durch Uebernahme des Vereins Leipzig-Dt. schenkte die Zahl der Mitglieder auf 20 000 an. Der Verein sah sich genötigt, sein Zentrallager bedeutend zu erweitern. Es wurde eine Käserei, eine Schlofferlei und Klempnerlei eine Käserei und eine Selterswasser- und Brausefabrik errichtet. Im Geschäftsjahre 1901 bis 1902 überschritt der Umsatz zum ersten Male zehn Millionen. Die neuwöb gewordenen Händler begannen eine wüste Hege wöbber Verkundungen, aus der der Verein aber glänzend als Sieger und mit gestärkten Reihem hervorging. Die Hege der Krümer hatte aber erreicht, daß der Verein nicht mehr Unterföhrungen an Milch- und Ferienkolonien usw. zahlen durfte, was bisher kränken Arbeiterkräften zugute gekommen war. Am 25. Juni 1903 wurde der größte Teil der Käserei und des Milchgrundstückes durch eine Feuersbrunst zerstört. Die Gebäude wurden neu aufgebaut und modernisiert. Außerdem wurde im Osten von Leipzig ein großes Warenhaus errichtet. 1904 bis 1905 wurde der Konsumverein Leipzig-Gomewitz und mit diesem eine Fleischerlei und Wurstfabrik übernommen, sowie eine große Eisfabrikationsanlage gebaut.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz hat nunmehr 70 Verkaufsstellen für Kolonialwaren, neun für Schmittwaren, 10 für Fleischwaren und eine für Milch und beschäftigt über 1200 Personen. Die Arbeitszeit ist mit wenigen Ausnahmen die achtstündige, auch in den Fleischereien. So bietet der Konsumverein Leipzig-Plagwitz ein Bild stetiger und kraftvoller Entwicklung.

Internationale Mundschau.

Dritter Unionstag der österreichischen Bergarbeiter.

In der Woche vom 5. bis 9. Oktober fand in Wien der dritte Unionstag unserer österreichischen Bruderorganisation statt. Als Gast des deutschen Bergarbeiterverbandes nahm Kamerad Pokorny teil. Als die wichtigsten Punkte der Tagesordnung sind der Unionstag anzusehen, sowie die Frage der österreichischen Berggesetzgebung. Beschlossen wurde den Beitrag von 30 Heller auf 40 Heller pro Woche zu erhöhen. Neben einigen Erhöhungen der Unterföhrungssätze wurde auch der Antrag angenommen, das Unionsorgan „Glück“ wöchentlich, statt bisher dreimal monatlich herauszugeben. In einer lebhaften Debatte und Auseinandersetzung mit der österreichisch-sozialistischen Partefraktion kam es bei dem zuletzt erwähnten Punkt. Ebenso kam es zu einer Kritik eines Kompromisses, der im Arbeitsbeirat zwischen dem Vertreter der Sozialdemokratie Dr. Karpeles und dem Vertreter der Gewerkschaften in der Frage der Berginspektion zustande gekommen war. Dieser Kompromiß zeigte starke Abweichungen von den bekannten Bergarbeiterforderungen, soweit sie von den Beschlüssen der internationalen Bergarbeiterkongresse abhängig gemacht werden müßten. An den Debatten hierüber beteiligten sich Dr. Karpeles, die Reichstagsabgeordneten Reumann, Beer und Schrammel, die Kameraden Ebert, Jacolin, Pokorny und andere. Ueber die vorhandenen Differenzen wurde eine befriedigende Einigung erzielt. Auf dem Unionstag kommen wir noch zurück.

Der Generalstreik in Schweden.

Schon seit über zwei Monaten tobt der Generalstreik in Schweden und noch immer ist es zu keiner Einigung gekommen. Mit den Unternehmern der mittleren und kleineren Betriebe hat eine Einigung erzielt werden können, aber die Großindustriellen, die auch am stärksten organisiert sind, wollen die Arbeiter unter allen Umständen niederwerfen. Die Regierung steht mehr oder weniger offen auf seiten der Unternehmer. Trotzdem hat sie, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, Einigungsverhandlungen einzuleiten, die aber gescheitert sind. Die Unternehmer verlangten größere Lohnkürzungen, auf die die Arbeiter nicht eingehen konnten. Aber auch in einem anderen Punkte konnte keine Einigkeit erzielt werden. Der schwedische Arbeitgeberverein (sich nämlich die Regierung mit einer prinzipiellen Frage von größter Bedeutung vor. Bisher war in dem Konflikt noch niemals von einer Verhandlungsordnung für künftige Konflikte die Rede gewesen. Die Regierung hat nun plötzlich ihren Vergleichsbeamten den Auftrag gegeben, ein solches Reglement nach dem Muster des zwischen den Arbeiterorganisationen und der Unternehmerzentrale der Metallindustrie abgeschlossenen Vertrages zu erstellen. Die Unternehmer sind in dieser Frage offenbar die Auftraggeber der Regierung gewesen; denn sie machten plötzlich die sofortige Vereinbarung eines solchen Reglements zur Bedingung eines Friedensschlusses! Die Vertreter der Arbeiter dagegen erklärten, daß sie die Beschlußfassung darüber dem in der zweiten Hälfte des November stattfindenden Gewerkschaftskongreß überlassen müßten.

Die Unternehmer verlangen jedoch, daß eine sofortige Vereinbarung getroffen werden solle. Sie kamen mit bestimmten Forderungen für eine Verhandlungsordnung, auf die die Gewerkschaften unmöglich eingehen konnten. Die Gewerkschaften wollten die Arbeiterorganisation aufgeben, mochte man die Bedingungen der Unternehmer über Schadenersatzpflicht der gewerkschaftlichen Zentrale für die Maßnahmen der ihr angeschlossenen Organisationen und deren Mitglieder akzeptieren. Nicht minder hauptsächlich ist die Bestimmung, daß Streits und andere gewerkschaftliche Kämpfe nur mit mindestens Dreiviertelmehrheit der zur Beschlußfassung berechtigten Zustanz beschlossen werden dürften! Eine solche Bestimmung mag an sich nichts Ungehörliches darstellen. Aber das ist eine statutarische Frage der Organisation und keine Angelegenheit, in der man sich von den Unternehmern Vorschriften machen lassen kann. Die Forderung zeugt von dem Machtbündel und der Borniertheit der von uns wiederholt charakterisierten schwedischen Unternehmer, die den gegenwärtigen, die Wohlfaßt des Landes ruinierenden Kampf heraufbeschworen haben. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß in Deutschland selbst die schärfsten Scharfmacher noch nie auf die maßgebendsten Zweigen, den Arbeiterorganisationen ihre Statuten vorzuschreiben.

Der Kampf geht also weiter, und die Unternehmerzentrale wird sich auf eine ziemlich langwierige Kampfesföhrung einrichten müssen. Gegen

einen Feind wie sie gibt es viele Möglichkeiten, besonders im Querschnitt...

Knappschäftliches.

Dortmund. In der am 8. Oktober stattgefundenen Versammlung der Verbandstestellen des Kommissionsbezirks Dortmund...

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Adolar. Diese Zeche ist ein richtiger Taubenschlag geworden, das ist jedoch kein Wunder, denn die Verhältnisse werden immer schlechter...

Zeche Vergamungsglad (Häslische Grube). Infolge der schlechten Verhältnisse passieren hier fast täglich Unglücksfälle.

Zeche Dahlbusch (Schacht I). Seitliche Verhältnisse herrschen hier besonders im Revier des Steigers B.

Zeche Eiberg. In Nr. 40 unserer Zeitung berichteten wir über den tödlichen Unfall zweier Kameraden...

Schacht Lohberg. Schon des öfteren haben wir uns mit den Zuständen auf dem Schachte Lohberg beschäftigt...

Schacht Hülferländer. Seine Arbeitskameraden wollten ebenfalls noch bewegen, auch die dritte Schicht zu verfahren...

dieselben jedoch abgelehnt hatten. Nachdem man nun mit dem Bleien bereits fertig war, wurde das Signal zum Aufstehen der Schmelzblühne...

Zeche Prosper. Schacht I. Wie wenig Rücksicht hier auf die Arbeiter genommen wird, ergibt sich daraus...

Zeche Prosper. (Schacht III und IV). Mit diesem „Elborado“ müssen wir uns fast immer beschäftigen...

Zeche ver. Trappe. Unsere Kritik über schlechte Löhne der Schleppler und Pferdebauer war von Erfolg...

Zeche Chamrad. (Schacht III und IV). Die Arbeiter empfinden es als großen Mangel, daß nicht genug Bohrmaschinen...

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Gürtherberg. Daß auf dieser Grube sehr traurige Zustände vorhanden waren, haben wir in einem früheren Artikel...

Vereinigte Wälen. Wiederholt schon machten wir auf dieser Stelle auf die Zustände, wie sie besonders auf der chemischen Fabrik...

8 1/2 Uhr, verunglückte ein junger Arbeiter dadurch, daß er sich mit einer scharfen Säure den ganzen Fuß rechts unterhalb verbrannte...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe.

Schon wieder neues Arbeiterblut! Wo bleibt der Schutz zur Sicherung von Gesundheit und Leben der Arbeiter...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Sannover, Braunschweig, Hessen-Rippe. Für genügende Unruhe und Unzufriedenheit sorgt die Verwaltung in ausgezeichnete Weise...

Wobei sein, daß man sehr oft zuerst die Arbeiter entläßt, welche zuletzt angelegt wurden. Oder nicht? Wir können jedem Arbeiter dieses "Machens" und bedauern nicht allzu groß, von den Fleischhüpfen des Staats zu sein, aber mehr Ehrlichkeit in Bezug auf die Gründe der Entlassungen würde man doch erwarten. Nicht der "Mache" wegen sind wir abgelegt, sondern der Zweck ist ein anderer. Die Organisation auszurichten, was Zweck und Ziel. Kameraden, sorgt, daß dieser Zweck nicht vereitelt wird. Arbeitet mit doppelter Kraft, um den Zweck der Verwaltung zu durchsetzen. Sorgt dafür, daß die Rechnung später präsentiert werden kann.

Steinkohlenwerke Wandorf am Deister. Auf dieser Musterzeche scheint man jetzt die Arbeiter abdrücken zu wollen. Das Wasser ist über so hoch, daß die Kumpels erschreckt davon zurückfahren. Wir hoffen, daß die Verwaltung für Wohlhilfe sorgt. Auch ist der geringste Mißstand bezüglich des Wasserabflusses in dem Waderaum noch nicht beseitigt. Wie schon zum Teil bekannt, glaubt ein Nachtmeister, seine Aufgabe bestünde darin, darauf zu achten, welche Belohnungen gelesen werden. Besonders die "Bergarbeiter-Zeitung" scheint es ihm angetan zu haben. Wenn der gute Mann keine Beschäftigung hat, so hat er deswegen doch kein Recht, in Sachen, die ihn nicht angehen, sich hinein zu mischen. Unsere Kameraden tun gut, wenn sie dem Herrn, falls er wiederkommen sollte, gelassen, wo der Zimmermann das Loch offen gelassen hat.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Grubensachen, 2. Abt. Auf diesem Blatt steht die Untertreibung in voller Wille. Schlämmlungen, Gießergießungen ohne Ende und bei der geringsten Kleinigkeit hagelt es Strafen. Damit dies aber nach außen nicht so herbeivorkommt, hat der Referendar Klenner in Gemeinschaft mit dem Aufseher Berger und Schneider ein neues Strafsystem erfunden. Wird ein Befehl, von dem diesen Herren ausgeht, nicht bis zu dem Tischchen über dem I ausgeführt, so erhält der Sünder sofort statt einer ganzen, eine halbe Schicht geschriebe, was auch dann eintritt, wenn der Befehl praktisch nicht durchführbar ist. So wurde ein Arbeiter, der zum Nachmittagsbestimmten war, diese Arbeit aus Mangel an leeren Wagen aber nicht ausführen konnte und deshalb Bestrafung erlitt, ebenfalls mit Entziehung einer halben Schicht bestraft. Das dieses Strafsystem nicht dazu beiträgt, das Vertrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern, dürfte wohl die Protogebirge des Herrn Klenner bezeugen können. Besser wäre es, der Herr Steiger würde auf dem starken Fiß, in den Strecken 2, 3 und 4 die vornehmlichsten Wettertüren anbringen lassen, damit der Wetterzug nicht alles nach dem Fünftagschicht abzieht und so die Arbeiter vor dem oberen Pfeiler vor Hitze fast umkommen. Vielleicht sieht sich die Bergbehörde die Verhältnisse auf diesem Fiß einmal an und sagt dem Herrn, daß die Arbeiter auch Menschen sind und auch demgemäß behandelt sein wollen.

Gießereigrube. Im Ostfeld III auf der Niederbant wird schon über zwei Jahre gefördert, aber kein Revierbeamter war bis dahin zu sehen, ein Zeichen, daß dort die herrlichsten Mißstände existieren. Zu der letzten Zeit ist es aber wirklich nicht mehr zum Aushalten. Schon seit zwei Wochen kommen hier aus dem Bruchfelde Feuertage heraus, ohne daß die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Wie sehr sich die Leute bei solcher Gelegenheit die Gesundheit ruinieren, kann man ersehen aus den verfahrenen Schichten der einzelnen Arbeiter, die dort beschäftigt sind, welche alle Tage die Grube halbtot verlassen. Daher ist es dringend notwendig, daß die Bergbehörde die nötigen Schritte vornimmt, ehe es zum Massenunglück kommt. Auch auf der Förderstrecke ist die größte Unordnung, denn da muß man über hundert Meter fast bis an die Knie im Wasser gehen. Die Leute sind gezwungen, ihr Schwere auszuweichen und barfuß durch das Wasser zu marschieren, wobei man sich sehr leicht eine Wunde zuziehen kann. Die Herren Beamten brauchen das ja nicht zu machen; denn die fahren hin und zurück auf der elektrischen Bahn und um die Belegschaft kümmern sie sich nicht.

Paulusenschicht. Durch die Unpünktlichkeit bei der Seilfahrt wird hier den Arbeitern, besonders der Mittagschicht, die Schichtzeit fortgesetzt in ungeschicklicher Weise häufig bis zu 3/4 Stunden verlängert. Welche Folgen hat das für den Paulusenschicht die gesunde Uchungen nicht? Besonders schlimm ist es, wenn in dieser Sommer das Regiment führt. Dann müssen erst alle Kohlen heraus, bevor an Seilfahrt zu denken ist. Erzählt denn die Bergbehörde von diesem ungeschicklichen Treiben nichts, daß sie ihm nicht Einhalt gebietet? Wie stillt ihr viel zu wenig Platz und wissen die Arbeiter beim Schichtwechsel manchmal nicht, wohin sie sich vor den heranrappenden Flagen und Pferden flüchten sollen. Müßen erst wieder Arbeiter Leben und gesunde Gliedmaßen einbüßen, bevor die Bergbehörde eingreift?

Woffganggrube. (Woffgangparadies). Am 10. September überbrannten sich hier drei Arbeiter infolge einer Kohlenstaubexplosion. Die Zeche suchte es so darzustellen, als handle es sich um eine Pulverexplosion. Als die Bergkommission die Grube besah, ließ man acht Tage zuvor die Wetter durch den Förderstrecke treiben, um überall die nötige Feuchtigkeit zu erzielen und damit zu beweisen, daß eine Verleselungsanlage nicht notwendig ist. Sonst ist die Bewetterung eine sehr ungeschickliche und vor vielen Vertriebspunkten sind matte Wetter, so daß die Arbeiter vielfach schlapp werden. Die Fahrstrecken sind nicht verballt; durch die Feuchtigkeit haben sich überall starke Platten gelöst, so daß es sehr gefährlich ist, die Strecken zu passieren und es unbedingt notwendig wäre, dieselben zu verballen. Die Behandlung der Arbeiter ist eine äußerst schlechte; schreckt doch der Steiger L. selbst vor tätlichen Verleumdungen der Arbeiter nicht zurück, ohne daß ihm das Handwerk gelegt wird.

Süddeutschland und Reichslande.

Auf den de Wendel-Schächten bei Klein-Roslein herrschen Zustände, die weder dem Kirchenbauern und Unterhändler mehrerer Geistlicher, Herrn de Wendel und seiner Sippschaft, noch der so gut "christlich" organisierten Belegschaft Ehre machen. Am schlimmsten scheinen die Verhältnisse auf dem G. a. y. a. n. Schacht zu liegen, wo der Obersteiger Wahlschmidt ein Regiment führt, wie es sich schließlich nur eine "christlich" organisierte Belegschaft gefallen läßt und offen sagen die Vergleute: Hätte Herr Wahlschmidt nicht die Stütze am "christlichen" Gewerksverein, daß dieser die Leute fortzieht beruhigt, längt hätte die Belegschaft ein 1899 heraufbeschworen, um die Macht oder richtiger die Willkür dieses Herrenmenschen zu brechen. So aber läßt sie sich die Launen ihres Herrn Obersteigers gebüdig gefallen und wenige offenerherige rüchtaufste Kameraden wagen zu widersprechen. Die neueste "Wirtuosität" des Herrn Wahlschmidt ist, das Gebüde herabzusetzen. Um dieses aber fertig zu bringen, muß er, herausfinden, daß die Kumpels nicht so gearbeitet haben, wie das notwendig ist und so setzt er sich mit dem Zukunftsstärker Müller drei Schichten hintereinander hinter eine Kameradschaft und treibt sie an oder arbeitet mit noch zwei Steigern eine ganze Schicht in einer Kameradschaft mit, wodurch die Leistung natürlich erheblich gesteigert wird und hält dann diese Förderung als dasjenige, was die Kameradschaft eigentlich schaffen konnte und schaffen mußte. So hat er mit noch drei Beamten fünfzig einer Kameradschaft die ganze Schicht hindurch, wobei die Beamten die Schiffe setzten, sobald das Bohloch geschlagen war und auch sofort abschließen, wodurch erzielt wurde, daß die Kameradschaft von 16 Mann in dieser Schicht 30 Wagen Kohlen mehr ausat, worauf Herr Wahlschmidt das Gebüde um 15 Pfund Wagen fügte und den Partiemann Straßberger über Tage, wo er in Schicht nicht die Hälfte verbrachte, wie als Harer in der Grube. Herr Wahlschmidt bedenkt nicht, daß die Leute ihre Schiffe nicht selbst abschließen dürfen, sondern auf der Schiefmeißer warten müssen, was oft eine Stunde und noch länger dauert, ehe dieser kommt; ebenso bedacht er nicht, daß durch die recht kräftige Hilfe von mehreren Beamten, die schließlich mal eine Schicht schaufeln, um die Verdauung zu fördern, mehr geleistet werden konnte und geleistet werden mußte. Aber das hier so erzielte Mehrleistung zur Reduzierung des Gebüdes verachtet wurde und in anderen Fällen schon mißbraucht worden ist, was man den Koffelner Vergleuten bieten kann. Den anderen Beamten, falls sie nicht mehr helfen. Und dabei bedient sich dieser "christliche" Mann einer Umgangssprache, die ihn so recht kennzeichnet. Herr H. sagte er, daß er ihm den Bichel (Spitzhade) in der Hand haben werde, wenn er sich noch müßte! "Christliche" Arbeiter verprügelt er, ohne daß weder die Kameradschaft noch die Belegschaft dagegen einreden. Allerdings herrscht unter der Belegschaft eine so steigende Erbitterung gegen diesen Beamten, daß man die Aussagen allerorts in der Öffentlichkeit auspricht. Mit dieser Erbitterung haben wir kein Mittel, sie wird so behandelt, wie es notwendig ist, schließlich noch zu gut, denn auch sie haben diejenige Belegschaft, die heißt, diejenigen Beamten, die sie brauchen, aber dennoch haben sie sich nicht daran, diese Zustände zu ändern, für den Fall, daß man die Weg überlassen sollte, wie rechtzeitig darauf hingewiesen

haben. Im Interesse des Friedens liegt es, wenn die Firma Herr Wahlschmidt, der doch sonst einen weitgehenden Familiensinn offenbart, anweisen würde, wie ein Beamter sich seinen Untertanen gegenüber zu benehmen hat.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

"Präsident" Franz Behrens!

Nach einem Ausspruch Wilhelm II. ist Christlich-Sozialer Unsin. Und Franz Behrens ist Präsident dieser Unsinnsparthei geworden. Das ist gewiß die höchste Stufe, die der herrliche Sohn aus dem Lande des Ochsenkopfes erreichen konnte. Heil uns, dreimal Heil, so jubelt die Presse der Christlich-Sozialen Sünderlinge und der Antifamiten. Keinem Gott wird soviel Wehrsuch gestreut, keinem König so geschulbt, wie Franz Behrens. In seinem Selbstorgan, "Das Volk", Nr. 220 vom 30. September 1909, wird Behrens wie folgt verhimmelt:

Um unsern Freund Behrens ist uns schon manchmal lange gewesen (uns auch D. R. d. "Bergarb.-Ztg."), wenn wir uns vergewissern wollten, daß dieser äußerlich unheimliche, körperlich gewaltig aussehende Mann eine Menschenarbeit zu bewältigen hat. Es muß wohl so sein, daß Gottes Milgen in besonderer Weise offen stehen über solchen Männern, die sich im Dienste des teuren Vaterlandes und der heiliggeliebten Volksgenossen verzeihen. Zweifellos gibt er zum Amte nicht nur den Verstand, (!) sondern auch die physischen Kräfte.

Durch das einmütige Vertrauen von mehr als 200 Vertretern christlich-sozialer Wahlvereinigungen und Ortsgruppen ist dem Herrn Behrens ein neues und verantwortungsvolles Amt übertragen worden. Er soll in Zukunft als Präsident unserer von Jahre zu Jahre mehr erstarrenden christlich-sozialen Partei fungieren. Ein reich begabter schlichter Mann aus dem Volke, mit warmem Herzen, edlem Charakter und seinem politischen Verständnis (!) wurde zum Parteiführer ernannt.

Und wie gedient Franz Behrens seines Amtes zu waltet? Diese Frage hat sich gewiß manchem Parteimitgliede aufgedrängt. Franz Behrens las sie den Freunden von den Augen ab, und er gab die Antwort kurz und bündig: Ich werde mein Amt führen und verwalteten im Sinne und Geiste Stöckers! Nur-so und nicht anders konnte und durfte die Antwort lauten, wenn die versammelten Parteifreunde mit feierlicher Begeisterung und neuer Arbeitsfreudigkeit den Schwung antraten sollten.

Wer wie wir den Werdegang unseres Freundes Behrens verfolgt und seinen ersten politischen Flugversuchen im Stegerlande vor etwa zehn Jahren beigewohnt und seine Veramntung geleitet hat, der staunt über die Fülle des politischen und volkswirtschaftlichen Wissens (!), das Franz Behrens sich im Laufe der Jahre angeeignet hat. Mit eisernem Fleiße hat er an seiner Ausbildung gearbeitet, so daß er nun als ganzer Mann und vollwertige politische Persönlichkeit vor uns steht.

Führer einer auf dem Boden des lebendigen Christentums arbeitenden politischen Partei zu sein, ist nicht leicht. Nur solche Männer, die innerlich gefestigt sind, einen klaren Blick für die Aufgaben der Zeit haben und zielbewußt handeln, Männer, die auch in schwierigen Lagen Herr der Situation bleiben, sind dazu fähig und berufen. Wir glauben, daß Franz Behrens diese Eigenschaften in sich vereinigt und freuen uns deshalb seiner Wahl, zumal ihm in Herrn Dr. Burdhardt und Herrn Bientzenen Mumm tüchtige Mitarbeiter und Berater zur Seite stehen.

Nun wissen wir wenigstens, womit Franz Behrens seine kostbare Zeit toschlägt. Er verzehrt sich im Dienste des teuren Vaterlandes und der heiliggeliebten Volksgenossen, also auch für uns. Das zu wissen, ist in der Tat ein "erhebendes" Gefühl. Auch bewundern wir die "Menschenarbeit" die Behrens allein dadurch leistet, daß er als politischer Parteiliche stets die Radmuskeln in Bewegung hält. Und erst die Würde der Ehre, die sich Behrens im Laufe der Zeit zugelegt hat, zu tragen, würde der stärkste Sackträger nicht aushalten. Aber Behrens trägt sie in bewunderungswürdiger Weise, ohne daß ihm dabei die Rute ins Gesicht steigt. Daß Behrens eine vollwertige, politische Persönlichkeit ist, hat er besonders bei der Abstimmung über den Sprachenparagrafen im Vereinsgesetz bewiesen, wo er gleich in drei Teile zerfiel und bei der ersten Abstimmung dafür, bei der zweiten dagegen stimmte, und bei der dritten ging es ihm wie dem Esel, der zwischen zwei Windeln Heu verhungerte, weil er nicht wußte, von welchem er fressen sollte, da enthielt er sich der Abstimmung. Mehr kann man doch auf einmal nicht verlangen. Sein warmes Herz und edler Charakter hat dieser "schlichte Mann aus dem Volke" aber besonders gezeigt, als er bei der sogenannten Finanzreform den Schnapsjunker und Beutelschneider die eigenen Massengenossern plündern half. Und für diese Art Tätigkeit müssen die christlichen Bergvölker, dem "schlichten, reich begabten Mann aus dem Volke" auch noch Gehalt zahlen. Fürwahr, ein seltener Genuß, wenn man seinen Wegger selbst mähen und obendrein begahnen muß.

Wie dieser "schlichte, reich begabte Mann aus dem Volke" in den Kreisen selbst nationaler Arbeiter eingeschätzt wird, beweist das Eingangsblatt eines Bergmannes in Nr. 37 der in Wehlar erscheinenden "Vaterländischen Blätter", vom 10. September 1909. Es heißt darin unter anderem:

"Durch dieses Steuergesetz liegt unsere Industrie, Handel und Verkehr darnieder und tausende Arbeiterfamilien, welche brotlos werden, seufzen in Not und Elend. Dabei müssen über 90 Proz. der ganzen Bevölkerung an dieser unübersehbaren Last tragen und die Großagrarier, diese ostentativen Junker, welche nicht wissen, wie sie in Eaus und Braus ihr Leben vergrößern sollen, sie wollen dem Staate nichts geben und ebenfalls ihren Arbeitern nicht, sie wollen nur ein mittelalterliches Sklaventum wieder schaffen und dazu hat ihnen jetzt der neue Bloch geholfen und ist schonend an ihnen vorübergegangen."

Auch haben es jetzt alle Wähler erfahren, was die hochobliche Christlich-Soziale Partei zum Wohle ihrer Wähler getan hat. Herr Behrens hat teilweise für die Verbrauchsteuer gestimmt und bei Kaffee- und Zergollerschaft sich der Stimme enthalten. Wie stimmt dieses zu einem Generalsekretär der Christlich-Sozialen Arbeiterschaft? Es ist ihm angeschrieben und ist nicht wieder auszumischen.

Dann nun Herr Heckenroth (konservativer Landtagsabgeordneter) nicht wieder sagen kann, wie schon früher einmal, er wäme nicht an, daß solches von einem Bergmann geschrieben wäre, beglaubige ich dieses mit meiner Unterschrift.

Dünebusch b. Hamm a. d. Sieg, den 2. September 1909.
Heinrich Köchel, Bergmann."

Das Blatt macht hierzu folgende Anmerkung:

"Hier hat unser Parteifreund sich geirrt. Allerdings war es auch recht schwierig, sich über die tatsächlichen Abstimmungen des Herrn Behrens ein lares Bild zu verschaffen, da sich bekanntlich seine eigenen Briefe widersprechen. Wir sind heute in der Lage, über die Abstimmungen der Weimannepartei ein genaues Bild zu geben. Bei der zweiten Lesung über den Kaffee- und Zergoll enthielt sich Behrens der Stimme, während Burdhardt, die andere Hälfte der Partei, mit ja stimmte. Bei der dritten Lesung stimmte Burdhardt, er blieb wenigstens konsequent, wieder mit ja. Der Vertreter des "Keinen Mannes" wußte offenbar nicht, daß für die arme Bevölkerung in Norddeutschland der Tee eine ebenso große Bedeutung hat, wie bei uns der Kaffee. Bei der Abstimmung über das Erbrecht des Staates wählte Herr Behrens den heßeren Teil der Exzerpten, sein Fehlen war "entschuldig". Herr Burdhardt aber, man höre und staune, stimmte mit nein, selbstredend immer im Interesse des Keinen Mannes, der durch das Erbrecht des Staates nach Ansicht dieser Sozialpolitiker? schwerer gebrückt wird denn durch Kaffee- und Zergoll. Christlich und Sozial."

Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten. An Worten und schwulstigen Phrasen wird es auch Behrens nicht fehlen, die opponierenden Arbeiter wieder einzufressen. Behrens besitzt eine Fülle von Anpassungsfähigkeit, die einem Gamaelon alle Ehre macht; er kann links, er kann rechts, wie es gewünscht wird, springt er gleich einem Hundel über den Stod. So bleibt er selbst in den schwierigsten Fällen

Herr der Situation. Behrens will und kann alles und so versteht es sich von selbst, daß er auch das will, was er seinen "Freunden" von den Augen ablas, nämlich die Sünderlinge im Sinne und Geiste Stöckers regieren. Wir würden aber gewiß etwas versäumen, wenn wir bei der jetzigen feierlichen Gelegenheit, wo Franz Behrens zum Präsidenten der Sünderlinge avancierte, unsern Lesern nicht die Titel des Titelreichen ins Gedächtnis rufen würden. In Kürschners "Deutscher Reichstag" stellt sich Behrens den verehrten Publikumern wie folgt vor:

"Franz Behrens, Generalsekretär des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands seit 1905, von 1905 bis 1908 Sekretär des christlichen Gewerksvereins des allgemeinen deutschen Gärtnereibundes, von 1908 bis 1902 Sekretär des Evang. Arbeitervereins Berlin, von 1903 bis 1905 Arbeitersekretär der Soc. Geschäftsstelle für das Evang. Deutschland, von 1899 bis 1905 Redakteur mehrerer Zeitungen, zweiter Vorsitzender des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, Vorsitzender des deutschen Arbeiterkongresses, im Vorstand des deutsch-nationalen Gärtnereibundes, der christlich-sozialen Partei, des Nationalen Arbeiterwahlvereins, der evangelischen Arbeitervereine für kirchlich-soziale Konferenzen, der Gesellschaft für Sozialreform, der Bodenreform, Reichstagsabgeordneter seit 1907." Daß er auch Vorstandsmitglied einer Unternehmerorganisation ist, verschweigt Behrens in seiner bewunderungswürdigen "Bescheidenheit".

Auf einem Handzettel zu einer Versammlung der Sünderlinge in Elberfeld am 18. November 1907 wurde Behrens wie folgt vorgestellt:

"Unser stellvertretender Parteipräsident, der Arbeiterführer Reichstagsabgeordneter Franz Behrens-Ossen, Vorsitzender des Deutschen Arbeiterkongresses, zweiter Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Generalsekretär des christlichen Bergarbeiterverbandes, Mitglied der Siebenerkommission usw."

Die christlichen Bergarbeiter werden die Ehre, einen so titelreichen Generalsekretär zu besitzen, der eine Kleinarbeit bewältigt, sich im Dienste des teuren Vaterlandes und der heiliggeliebten Volksgenossen verzeht, dem reich begabten schlichten Mann aus dem Volke, mit warmem Herzen, edlem Charakter und seinem politischen Verständnis, dem Gott zu seinem Amte nicht nur die physische Kraft, sondern auch den Verstand gab, der seinen Freunden an den Augen abliest, wo ihnen der Schutz bedrückt und der Stuch am Schwanz, was die Mutter in Holland kostet, der das Gras wachsen sieht und die Fische husten hört, der vor zehn Jahren politische Flugversuche im Stegerlande gemacht, sich aber seither erstaunliches politisches und volkswirtschaftliches Wissen angeeignet hat und jetzt als vollwertige politische Persönlichkeit vor uns steht, der innerlich gefestigt ist, einen klaren Blick hat, für die Aufgaben der Zeit zielbewußt handelt und auch in schwierigen Lagen Herr der Situation bleibt usw. usw., jedenfalls zu wählenden wissen und ihm in Anerkennung seiner jetzt erlangten Präsidentenwürde eine Gehaltserhöhung unterkränkt bewilligen.

Noch eine Glangleistung des "berühmten" Parteiliche Franz Behrens.

In Nr. 199 des Selbstorganes Behrens, "Das Volk", vom 26. August, ist ein Bericht über ein Referat Behrens enthalten, welches dieser am 21. August in Niederfischbach gehalten hat. Im "Volk" heißt es hierüber:

"Der Redner entschuldigte zunächst sein bisheriges Fernbleiben, da er zunächst sein Auftreten im Kreise Wehlar für sehr nötig hielt, dann verbreitete er sich über seine Stellung zum Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes. Jetzt, nach einem Jahre, müßten selbst die damaligen Gegner zugeben, daß er, Behrens, recht gehabt hätte (!). Auch sei bisher nicht bekannt geworden, daß der Sprachenparagrafen Schwierigkeiten gemacht habe, die vom Minister, auf Beschwerde hin, nicht beseitigt seien (!)."

In ihrer Nr. 88 vom 4. September 1909 herrscht "Die Arbeit", die Behrens als Redakteur verantwortlich zeichnet, über obige Versammlung:

"Ih. Behrens verbreitete sich zunächst über seine Stellung zum Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes. Jetzt, nach einem Jahre müßten selbst die damaligen Gegner zugeben, daß er, Behrens, recht gehabt hätte. Auch sei bisher nicht bekannt geworden, daß der Sprachenparagrafen Schwierigkeiten gemacht habe, die vom Minister, auf Beschwerde hin, nicht beseitigt seien (!)."

Selbstverständlich haben wir in unserer Zeitung darauf hingewiesen, daß Behrens hier offensichtlich die Unwahrheit sagte. Das gibt dem "schlichten, reich begabten Mann aus dem Volke", mit dem warmen Herzen und edlen Charakter, Anlaß zu folgendem Ausfall gegen uns in Nr. 221 "Das Volk", vom 21. September 1909:

"In dem außerordentlich knappen Bericht in Nr. 199 des "Volk" dem ich völlig fern stehe und dessen Verfasser ich nicht kenne, — sind meine Ausführungen nur unvollkommen wiedergegeben."

Daß natürlich die verlogene sozialdemokratische "Bergarbeiter-Zeitung" den "Bericht zur Unterlage eines geschäftigen Angehens auf mich macht, ist nicht verwunderlich. Ich habe in Niederfischbach die Sprachenangelegenheit in ihrer Beziehung zu der nicht parteipolitischen gewerkschaftlichen Bewegung besprochen. Die "Bergarbeiter-Zeitung" hält mir das Sprachenverbot auf dem Breslauer Katholikentag als meinen Verlogenheiten widerstehend vor. Das trifft natürlich völlig vorbel, denn der Katholikentag ist keine Gewerkschaftsversammlung. Und davon sprach ich in Niederfischbach. Verwundert hat es mich nur, daß "Der Arbeiter" in Berlin (Nr. 88) mich wegen meiner Niederfischbacher Rede auf Grund derselben ungenügenden Unterlage und mit denselben falschen, ja schließlich unmöglichen Argumenten (Breslau) angegriffen wurde also "Der Arbeiter" das Bedürfnis haben, wahrheitsliebend zu berichten, so dürfte er sich die "dumme" Argumentation der sozialdemokratischen "Bergarbeiter-Zeitung" nicht zu eigen machen.

Franz Behrens
M. d. R."

Behrens versteht es wirklich trefflich, mit Worten zu streiten; wenn man ihn hört, haben sogar die eigenen Organe, ja selbst die von ihm redigierte "Arbeit", nur unvollkommen berichtet. Aber was soll denn da unvollkommen sein? "Volk" und "Arbeit" bringen geriat übereinstimmende Berichte und Behrens bestreitet nicht, die angeführten Ausführungen gemacht zu haben. Warum daher die schwulstige nichtsagende Erklärung? Wir wollen der Sage die Schelle umhängen und sagen, was ist! Der Parteiliche Behrens hat sich in eine Sackgasse hineingelassen und verschwendet jetzt vergeblich sein Gehirnsmahl, um sich wieder herauszulassen. In welcher unerhörten, schändlichen Weise der Sprachenparagrafen gegen die Gewerkschaften, besonders aber gegen die Polen angewandt wird, weiß jedes gewerkschaftliche Kind, es hieße wirklich Eulen nach Athen tragen, darüber auch nur ein Wort zu verlieren. Das weiß auch Franz Behrens! Seine oben wiedergegebenen Behauptungen hat er darum gegen besseres Wissen aufgestellt. Die Wortklauberinnen des Bergarbeitergenerals sind selbst dem Organ der katholischen Fachabteilungen "Der Arbeiter" zu starker Tabak und in seiner Nr. 21 vom 10. Oktober schreibt es ihm folgendes ins Stammbuch:

"Wenn Herr Behrens meint, der Sprachenparagrafen habe für die gewerkschaftliche Praxis keine nachteiligen Folgen, so kennt er einfach die oberflächlichen und politischen Verhältnisse nicht. Herr Behrens ist Generalsekretär des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter. Augenblicklich entfaltet dieser eine lebhafteste Agitation auch unter den oberflächlichen Vergleuten. Wir sind überzeugt, wenn die Agitatoren des christlichen Bergarbeiterverbandes den oberflächlichen Arbeitern erzählen würden: "Der christliche Gewerksverein in der Bergarbeiter hat einen Generalsekretär, der für den Sprachenparagrafen gestimmt hat", sie würden auch nicht einen katholischen Arbeiter gewinnen und könnten getropft ihr Kängäl schnüren. Wenn aber Herr Behrens uns nicht glauben will, soll er getropft die Probe auf Eruepnel machen. Dann wollen wir uns wieder sprechen."

Die "christlichen" Bergvölker sind also gezwungen, einen Generalsekretär zu besolden, dessen Existenz sie vor den oberflächlichen Berg-

arbeitern vorheimlichen müssen. Einen solchen Luxus würden sich unsere Verbandsmitglieder keine Stunde gestatten. Aber das ist Geschmacksache und die Geschmäcker sind verschieden. Dem einen (ne Uhl ist dem andern) (ne Nachtigall! Wer kann es wissen, wohin sich die „Christlichen“ Bergarbeiter noch führen lassen?

August Brust haben sie ein Ruhegehalt von 1500 Mk. ausgesetzt, Behrens wird analog seiner „glorreichen Verdienste“ gewiß dereinst einmal mindestens das doppelte erhalten.

Zur Spaniol-Affäre.

„Das Reich“ bringt in seiner Nr. 238 vom 10. Oktober folgende Erklärung.

In Nr. 109 unseres Blattes vom 9. Mai 1900 erschien der Artikel: „Der Kampf im sozialdemokratischen Bergarbeiterverband.“ Wir erklären, daß der Artikel auf falscher Information beruhte, und nehmen die darin enthaltenen, den Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes treffenden Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Die Schriftleitung.

„Christliche“ Verleumder unter dem Schutz des § 103.

Unter dieser Überschrift brachten wir in der vorletzten Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ einen Bericht über eine Gerichtsverhandlung in der Privatklage des Kameraden Wobis, Eckardt und Heitbrink gegen die „Christen“ Wobers und Tobes. Dieser Bericht findet den Beifall des „Vergknappens“ nicht und darum beschäftigt er sich in seiner Nr. 41 in der ihm eigenen Art damit. Zunächst regt sich der „Vergknappe“ darüber auf, daß wir das Kneifen des Buchdruckerbesizers Wobers als einen Trick bezeichnet haben, den wir schon bei anderen Gelegenheiten beobachtet konnten und er knüpft daran folgende Bemerkung: „Was zwei Zeugen unter ihrem Eide bezeugen, glaubt also die Bergarbeiter-Zeitung“ in so unerbittlicher Weise anzuzweifeln und als „Trick“ bezeichnen zu können. Daraus geht hervor, welchen Begriff man in der Verbandsklage vom Eide hat.“ Welchen Begriff man in der Verbandsklage vom Eide hat, geht aus unserer Versicherung keineswegs hervor. Daraus könnte höchstens gefolgert werden, welchen Wert wir den Eiden gewisser Leute beimessen. Aber was haben denn die beiden fraglichen Zeugen diesbezüglich bezeugt? In Bezug auf das allerdings an, daß Wobers zur fraglichen Zeit an einem rheumatischen Leiden erkrankt gewesen sei, er konnte aber nicht angeben, wer während der „Krankheit“ des Beklagten Geschäftsführer war. Der Bergmann Schlapper hat lediglich ausgesagt, daß er, als er das Flugblatt in der Druckerei des Wobers in Auftrag gegeben habe, nur den Zeugen Ingepaß angetroffen habe. Daß Wobers damals tatsächlich krank gewesen sei, hat er nicht gesehen, konnte es also auch gar nicht bezeugen. Der „Vergknappe“ sagt weiter, Tobes hätte die Verkaufsumnahme nicht zu schenken brauchen, er würde dann bewiesen haben, „was von den leichtfertigen Angriffen des Verbandes gegen die im Gewerksverein organisierten Arbeiter zu halten ist.“ Aber verehrter „Wahrheits“-Knappe, es handelt sich in dem Prozeß gar nicht um die seitens des Verbandes den „Christlichen“ Kletterern vorgeworfenen Verdrähten der Zutretenden der Knappschaffsmittel, (wenn der Gewerksverein diese einwandfrei an Gerichtsstelle nachgewiesen zu haben wünscht, so mag er uns dazu Gelegenheit geben) — sondern um die rüpelhaften Verschlimmungen und Beleidigungen der Privatkläger durch den „Christlichen“ Bezirksleiter Tobes. Aber wenn Tobes etwas beweisen konnte, warum verlor er sich dann seine hinter dem § 103 des Str. G. W. ? Liebrigens ist die Sache ja noch nicht am Ende. Den Wobers wollen wir mit seiner „Krankheit“ schon laufen lassen, gegen den war nur Strafantrag gestellt worden, um dem wirtlich Schuldigen ein Entschlußfen unendlich zu machen, das ist jetzt aber erreicht. Im übrigen ist den Privatklägern an einer Verstrafung des Tobes herzlich wenig gelegen. Es ist ihnen auch fürchtbar gleichgültig, was ein Tobes oder ein sonstiger „Wahrheits“-Knappe von ihnen denkt und hält; es handelt sich für sie darum, daß „Christliche“ Bürgeneweise zu gestören und das wider in der Berufungsinstant gründlich besorgt werden. Ihre persönliche Eide gegenüber einem Tobes und anderen „Christlichen“ Kletterern zu verteidigen, haben die Privatkläger nicht nötig, aber hier handelt es sich um ihre Ehre als Arbeitervertreter und die lassen sie sich durch geschäftsmäßige Verleumder nicht bejubeln. Der „Vergknappe“ meint schließlich, bei Verurteilung des Urteils seien die Gestirter des der Verhandlung behandelnden Vorstandsmitglieds und seiner Freunde, „nichts weniger als geistreich“ gewesen. Es soll damit also gesagt werden, daß dieselben über den Ausgang des Prozesses erstaunt gewesen seien. Ueber den Ausgang des Prozesses hätte man allerdings staunen können, aber darauf waren wir in Wortrop vorbereitet. Das im Termine anwesende Vorstandsmittel hat vor der Verhandlung in der „Christlichen“ dem Herrn Rechtsanwält Dr. Herzfeld gegenüber diesen Ausgang vorausgesagt und darauf hingewiesen, daß die Hauptverhandlung in der Sache in Offen stattfinden würde. Das ist eingetroffen und über Sachen, über deren Ausgang man sich von vornherein klar ist, erstaunt man nicht mehr. Die kindliche Freude des „Vergknappens“, daß „so die verdrähten Grenzrettung der drei führenden Verbandsältesten geendet habe“, ist also verfrüht. Was Herr Dr. Herzfeld in Wortrop schon unwillkürlich festgelegt hat, nämlich, daß Tobes in seinem Flugblatte bewußt die Unwahrheit gesagt hat, wird in Offen festgelegt werden. Was Tobes in Wortrop bestritten und weshalb er die Richter schließlich bat, ihn doch freizusprechen, nämlich, daß die „Christlichen Lügen“ bei der allgemeinen Urteilsverurteilung im nächsten Jahre den „Christen“ um die Ohren geschlagen würden, wird doch noch eintreten.

Bräunungshausen. Eine staatsgefährliche Rede. Kürzlich wurde der Vertrauensmann unserer Zahlstelle nach Wellingshofen zur Polizei geladen, weil er am Grabe eines verstorbenen Kameraden eine staatsgefährliche Rede gehalten haben soll. Als unser Vertrauensmann fragte, wer an seinen Widmungsworten Anstoß genommen, erklärte der vernehmende Polizeibeamte: „Andere Personen, die an der Beerdigung teilgenommen, haben gegen Sie Anzeige erstattet, oder haben Sie einen Polizeibeamten dort gesehen?“ Unser Kamerad erwiderte, daß man sich in einem Trauererfolge nicht nach einem Polizisten umsehe, auch erübrige sich die Polizei vollständig. In der Angelegenheit ist ein großer Zeugenapparat aufgebaut, welcher sich überwiegend aus Spießbürgern rekrutiert. Ob die Polizei nicht einzieht, wie der Staat durch ein derart wirklich keintliches Vorgehen bloßgestellt wird? Wenn die Kosten dieser Staatsaktion nun werden, wie so oft, der Staatskasse zur Last fallen, was dann? Nun, uns kann es recht sein, wenn auch die Polizei in dieser erfolgreichen Weise für uns tätig ist.

Ramen. Daß den christlichen Gewerksvereinsagitatoren angut und bange wird um ihre Mitglieder am hiesigen Orte, beweist wohl am besten der neue Trick, welchen dieselben erfunden haben, um neue Mitglieder anzuziehen. So erzählt der Vortag des „Vergknappens“ den Bergarbeiter-Kameraden, der Gewerksverein zahle den krankfeindlichen Mitgliedern vom ersten Tage der Krankheit das Krankengeld. Wir machen aber unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß dieser Mann entweder das Statut des christlichen Gewerksvereins nicht kennt, oder bewußt die Unwahrheit sagt, schreibt doch der „Vergknappe“ in Nr. 38 vom 18. September 1900, das krankte Mitglieder erst nach einjähriger Mitgliedschaft und vierzehntägiger Karenzzeit die Rotunterstützung beziehen können.

Dannover, Braunschweig, Hessen-Tippe.

„Christliche“ Vertretung der Arbeiterforderungen der Harzbergarbeiter.

Wohl selten ist der eigentliche Zweck der „Christlichen“ Organisation so deutlich zum Vorschein gekommen, wie gerade gegenwärtig in dem alten Bergarbeiterwinkel des Oberharzes. Hier, wo alles fiskalische Bergarbeiter sind, zu denen wohl selten der Klang der Arbeitstämpfe ihrer Brüder in den großen Industriegebieten gekommen ist, ist es dem „Christlichen“ Gewerksverein möglich gewesen, einigen Anhang zu gewinnen. Der Druck von oben herab hat einen Teil veranlaßt eine weniger gefährliche Organisation für die Unternehmer (hier der Fiskus) zu wählen. Die Verhältnisse sind die denkbar traurigsten. Niedrige Löhne, schlechte Behandlung, grobe Mißstände, lange Arbeitszeit, das ist das Los der Harzbergarbeiter. Hierzu kommt noch der fiskalische Druck. Fast jedes Häuschen, jedes Geschäft hängt finanziell am preussischen Fiskus. Vom Wunder, wenn Jahr und Tag keine Lokale in dieser Gegend zu haben waren. Jetzt, wo augenblicklich einige Lokale für die Freiorganisierten zu haben sind, gerät man in „Christlichen“ Lager aus dem Häuschen und verdrät damit, daß es sich mit der Macht der „Christen“ nur dort etwas ist, wo die Arbeiter sich nicht frei regieren dürfen. Um aber ja die freien Gewerkschaften nicht aufkommen zu lassen, greift man zu den schäblichsten Mitteln, deren sich eine Organisation bedienen kann. Zum besseren Verständnis lassen wir den Tatbestand der Vorgänge am Harz folgen.

Vor einiger Zeit sind von Seiten der „Christlichen“ unter der Vorgabe, es solle eine Eingabe betreffs der Nichtunbedenklichkeit gemacht werden, Unterschriften gesammelt werden, welche man dazu bewußt, eine Forderung zu beantragen, durch die der Anwillen der gesamten Belegschaft hervorgerufen wurde. Der christliche Bezirksleiter Sauer mußte, um den Wünschen der Bergarbeiter nachzukommen, eine Eingabe an die Berginspektion machen, welche verlangte, daß die von der christlichen Organisation beantragte Fahrordnung abgeändert werden sollte. Die Berginspektion lehnte ein Entgegenkommen ab, weil sie sich den Vorteil der neuen Fahrordnung nicht nehmen lassen wollte. Das kann man verstehen, wenn die Bergarbeiter sagen, daß ihnen durch die neue Fahrordnung die Arbeitszeit um 1/2 Stunde verlängert worden ist. Das ist ja das gerade Gegenteil einer Nichtunbedenklichkeit. Dazu kommen noch die vielen groben Mißstände, über die sich sogar Vergnäte wundern. Ein Vertrag fragte einen Bergarbeiter, wie es komme, daß auf Grube Bergwerkwohlfrug so viel Unglücksfälle passierten. Er selber befahre mit gemischten Gefühlen diesen Schacht. Als ihm der Kamerad erwiderte, daß das an den schlechten Löhnen und Unvorsichtigkeiten liege, wollte er das nicht gelten lassen, was nicht zu verwundern ist, nachdem ja selbst der frühere Bergarbeiter und zehnjährige Vorsitzende des „Christlichen“ Gewerksvereins, der Landtagsabgeordnete Brust, fiskalische Bergarbeiter der Faulheit bezichtigte. Von diesem Zeitpunkt an setzte auch im Harz eine Reorganisation der Gehilfen ein, so daß die Klagen der Bergarbeiter kein Ende nahmen. Das Maß war ziemlich voll. Der „Christliche“ Gewerksverein berief für den 12. Juni eine Belegschaftsversammlung nach Zellerfeld ein, welche aber nicht abgehalten wurde, vielmehr fand nur eine Wahlstellenversammlung statt. Die Freilorganisierten hatten das Lokal zu verlassen. Als unsere Kameraden in Zellerfeld eine Versammlung einberiefen, schwenkte man „christlichseits“ sofort mit dem genannten roten Lappen. Man ließ zum Wirt und dieser, bange gemacht, erlich das bekannte Inzerat, indem er verkündete, daß es ihm vom christlichen Gewerksverein mitgeteilt worden sei, daß wir eine politische Versammlung abhalten wollten und geben er den Saal zu einer solchen nicht her. Die Versammlung fand dennoch statt, da der Wirt die Einsicht besaß und erkannte, daß es sich nicht um eine politische, sondern um eine Gewerkschaftsversammlung handelte. Trotz der Gegenpartei war die Versammlung einigermaßen gut besucht. In dieser kam eine solche Fülle von Mißständen zu tage, daß der Bezirksleiter den Rat gab, eine Kommission von drei Mann zu wählen, welche gemeinschaftlich mit dem Arbeiterausschuß bei der Berginspektion vorstellig werden sollte. Die anwesenden „Christen“ stimmten den Vorschlägen zu und gaben zu erkennen, daß auch sie, ebenso wie alle anderen Kameraden unter den Verhältnissen schwer zu leiden haben. Von Seiten des Bezirksleiters wurde darauf gedrungen, daß auch ein „christlich“ Organisiertes in die Kommission gewählt wurde. Als der Vorschlag kam, daß der Bezirksleiter versuchen sollte, der Kommission den Weg zu ebnen, nahm dieser an mit der Bedingung, daß die „Christlichen“ darauf dringen möchten, daß am Dienstag auch ihr Bezirksleiter zur Stelle sei. Soweit ging alles gemeinschaftlich und glatt. Nun kam der Moment, wo der „christliche“ Gewerksverein zum Zeichen und Arbeitervertreter herabsank. Der Bezirksleiter Sauer war am Dienstag zur Stelle. Als ihn unser Bezirksleiter aufforderte, mit nach der Berginspektion nach Grund zu gehen, lehnte er es ab mit dem Vorwand, daß er sich von ihm nicht ins Erschleppan nehmen lasse und hielt ihm einen Artikel, der sich mit der christlichen Saalabtreiber befaßte, vor. Unser Bezirksleiter erwiderte ihm, daß er damit dokumentiere, daß er persönliche Sachen über das allgemeine Interesse stelle. Darauf kam die ironische Antwort, wenn es sein muß, so machen wir auch einmal so was wie Arbeiterverrat, worauf ihm von unserem Bezirksleiter erwidert wurde, daß er ihn doch unmöglich für so schlecht halten könnte. Da sagte er, daß es aber Organisationen gäbe, die es machten. Als er gefragt wurde, ob er damit unseren Verband meine, erwiderte er, daß er den alten Verband nicht meinte, aber ich würde schon wissen, welche Organisation er meine. Aus diesen Reden war zu schließen, daß er die faktische Sachabteilung meinte. Am selben Tage erschien aber ein Inzerat, welches folgenden Wortlaut hat und als ein Dokument „Christlicher“ Arbeitervertretung aufbewahrt bleiben muß.

Achtung!

Am 24. Juli hat im Bürgergarten eine von sozialdemokratischer Seite einberufene Bergarbeiterversammlung stattgefunden. Mit dem dort beschlossenen Vorgehen haben die „Christlichen“ Gewerkschaften nichts gemein und lehnen die christlich organisierten Vergleute vorläufig ein gemeinschaftliches Vorgehen mit den Sozialdemokraten ab.

Die Bezirksleitung.

Wir müssen hier feststellen, daß die anwesenden Mitglieder des Gewerksvereins den Vorschlägen zugestimmt haben. Aus dem Inzerat spricht der Wunsch, daß man von Seiten der Gewerksverwaltung doch ein Entgegenkommen zeigen sollte, man wolle immer hilfsbereit und artig sein. Mit den begehrtesten Sozialdemokraten habe man nichts gemein. Werft den „roten“ Ballunten mit seiner Kommission hinaus und schließt uns in die Arme. Wir werden Euch nicht gefährlich.

Daß das der Sinn des Inzerats ist, beweist schon ein Artikel in der jetzt verachteten und durch Sauer und Buchner (beide „Christliche“ Sekretäre) aufs neue herausgegebenen „Harz-Zeitung“, welcher von Unwahrheiten strotzt und in dem man ein Verbandsmitglied in Sperrdruck bekannt gab. Die Folgen einer solchen Agitationsweise sind denn auch schon eingetroffen, indem ein Verbandskamerad, welcher schon über ein Jahrzehnt für den Fiskus gefrondet hat, auf das Straßenspaster gestiegen ist. Sein Verbrechen besteht darin, daß er seinen Kameraden gelagt hat, als sie die vom christlichen Gewerksverein beantragte Fahrordnung unterschreiben sollten: „Leßt euch doch zuvor durch, was ihr unterschreibt.“ Ein großes Verdrü wurde angestrengt, zu dem auch zwei „Christen“ als Belastungszeugen vernommen wurden. Die ganze Liebertracht zeigt sich aber in der Verneuerung zweier „Christen“, dem haben wir vier aber beim Direktor ausgewischt. So kann man sagen, daß der entlassene Bergarbeiter durch „Christliche“ Nachsicht gemahrigt worden ist. Um nun die gewarnten Vergleute zu beschwichtigen, mußte man auch christlichseits etwas tun, und so mußte Behrens, der bekannte Bergarbeiterführer und Reichstagsabgeordnete, den Gang zum Minister machen. Derselbe Behrens, der mitgeholfen hat, den Bergarbeitern den letzten Groschen aus der Tasche zu reißen und der nicht genug mit dem roten Lappen schwenken kann in seinen Versammlungen.

In einer Vertrauensmännerkonferenz in Clausthal mußte man sich wohl oder übel mit praktischen Fragen beschäftigen. Gaben die Vorgänge weiter nichts bezweckt, so haben sie doch gezeigt, daß man sich trotz des schmählichsten Arbeiterverrats mit den Fragen beschäftigen mußte, mit welchen sich die gemeinschaftliche Versammlung am 24. Juli beschäftigt hatte. Ob aber der Fiskus den Bergarbeiterwünschen nach diesen Vorgesängen Rechnung tragen wird, zumal er weiß, daß sich die „Christen“ als brave Kämmer empfohlen haben und selbst vor dem Arbeiterverrat nicht zurückschrecken, wenn der Moment kommt, Arbeiterforderungen zu vertreten, ist eine andere Frage.

Die Hege gegen die „Noten“ wird fortgesetzt, einer Aussprache aber geht man aus dem Wege und die Bergarbeiter sind diejenigen, welche den Schaden des Arbeiterverrats zu tragen haben. Sie können bis zum Sankt Nimmerleinstag auf Erfüllung ihrer Wünsche warten, wenn sie nicht diese „Christlichen“ Arbeitervertreter von ihren Fersen schütteln.

Lohnbewegungen und Streiks.

Die Direktion der Mansfelder Gewerkschaft lehnt in der schroffsten Form jedes Entgegenkommen und Verhandeln ab. Die Riesenversammlung die am 6. Oktober in dem großen Saale des Hohenzollernparks zu Gottlebtagte, hatte beschloßen, das Oberbergamt zu Halle als Einigungsamt anzurufen. Am selben Tage noch sprach die Verhandlungskommission auf dem Oberbergamt vor. Der Verhandlungsmann war nicht anwesend. Der zuständige Revisorbeamte gleichfalls nicht. Ein anderer Bergarbeiter sprach schließlich nach längerem Verhandeln, bei der Generaldirektion

anzuklagen, ob sie das Oberbergamt als Einigungsamt annehmen wolle. Es solle dann der Streikleitung telephonisch Mitteilung gemacht werden. Herr Dr. Vogelsang, Generaldirektor der Mansfelder Gewerkschaft, lehnte rundweg ab. Er verhandele mit niemand, inbge es sein wer es wolle, nur mit den gesetzlichen von den Arbeitern gewählten Ausschussmitgliedern werde er verhandeln. Der Arbeiterausschuß hat aber bereits am 5. Oktober, also zwei Tage zuvor, mit Herrn Vogelsang verhandelt, jedoch die Antwort erhalten, daß er sich auf nichts einlasse. Die Selbständigen würden nicht wieder eingelassen. Dann würden ja die Streikenden und der Verband jubeln, wenn er das täte. Die Gewerkschaft würde nicht die geringsten Zugeständnisse machen. Der Ausschuß solle die Streikenden zum Guten zugehen, solle sie anfordern, sich nicht verführen zu lassen. Wenn sie, der Arbeiterausschuß, die Arbeit wieder aufnehmen, würden hundert von Kameraden folgen. Dieses unverschämte Ansuchen lehnten die Ausschussmitglieder selbstverständlich ab. Also sind bisher alle Versuche der Streikenden, die Differenzen auf dem Wege der Verhandlungen beizulegen, an der Starrköpfigkeit der Generaldirektion gescheitert. Ineds Stellungnahme, was nun geschehen solle, war für den Nachmittag des 7. Oktober eine Versammlung der Streikenden anberaumt. Nach einflüchtiger Verhandlung beschloß die Versammlung, daß der Streik nunmehr auf weitere Betriebe der Mansfelder Gewerkschaft ausgedehnt werden sollte und zwar auf den Edmundsgrube, mit circa 60 Mann Belegschaft, sowie auf die Freieslebenenschächte mit circa 1000 Mann Belegschaft. Hiermit konnte die ganze Inspektion IV der Mansfelder Gewerkschaft zum erliegen. Eigenartig berührt die Taktik der bürgerlichen Presse des hiesigen Reviers. Zuerst veruchte man den Streik tot zu schwelgen. Als das nicht mehr angänglich war, brachte man Berichte, in welchen die Zahl der Arbeitswilligen ungeheuer hoch angegeben wurde. Der Zweck dieser Uebung war zu durchsichtig, man wollte Verwirrung in die Reihen der Streikenden hineintragen.

Am 7. Oktober wollte die Streikleitung eine Anzahl Handzettel drucken lassen, da wurde derselben seitens der in Frage kommenden Redaktionen erklärt, daß der Herr Landrat von Haffel in Mansfeld verboten habe, für die Streikenden irgendwelche Druckfachen anzufertigen. Wirklich mutige Männer, diese Herren Verleger der Zeitungen. Die Haken zusammenzuschlagen und die Hände an der Hosennast, werden die Befehle des Herrn Landrats alluntertänst entgegengenommen. Männer mit Nüchtern würden dem Herrn Landrat geantwortet haben, in dieser Angelegenheit Herr Landrat, haben Sie uns nichts zu sagen, das machen wir, wie wir wollen. Am Abend des 7. Oktober fand in Wolkel bei Wittfeld eine von weit über 1000 Frauen besuchte Versammlung statt. Hunderte mußten umkehren, weil das Lokal die Erschienenen nicht zu fassen vermochte. Von den Referenten, Verbandsvorzögler Herrmann Sachse, sowie von den Kameraden Waldheuer und Graf wurde das Gebahren der am Orte erscheinenden Zeitungen unter die kritische Lupe genommen. Die Befalskundgebungen der Frauen bewiesen nicht nur, daß sie mit dem Vorgehen ihrer Männer einverstanden, sondern auch, daß sie das Verhalten der bürgerlichen Zeitungen zu widerigen wissen werden. Jedenfalls dürfte den müttigen Verlegern etwas schmill dabei werden. Die Versammlung bewies, daß nicht nur die Mansfelder Bergarbeiter, sondern auch die Frauen hier aufgewacht sind; ist es doch im Anfang vorgekommen, als der Verband versuchte Fuß zu fassen, daß die Frauen ihre Männer bei den Unbedennten wegen ihrer Verbandszugehörigkeit benutzelt haben, unzulässig, aber leider wohl! Aufstellungen irgend welcher Art sind bis jetzt nicht vorgekommen. Die Mühe und die Ordnung ist in keiner Weise gekürzt worden, trotzdem ist bereits ein Gendarmerelement in Stärke von 40 Mann von auswärts eingetroffen. Die Wartehalle der Station Sierleben ist zu einem Wardslokal für die Sicherheitsbeamten eingerichtet. Die Streikleitung wird sich alle Mühe geben, damit die bewaffnete Macht nicht in Aktion zu treten braucht, damit der Beweis erbracht wird, daß die Gendarmenleistung ins Streikrevier beordert wurde. So einstimmig, wie der Beschluß am 7. Oktober gefaßt wurde, ebenso prompt wurde dieser Beschluß am 8. Oktober ausgeführt, nämlich, die Arbeit auf dem Edmunds- und Freieslebenenschacht einzustellen. Beide Betriebe liegen still. In der Direktion liegt es jetzt, um weiteres Umschreiten des Streiks zu verhindern, daß sie die Anbittungen zurücknimmt, denn ist der Streik beendet. Wir werden dann nicht von einem Siege des Bergarbeiterverbandes schreiben, sondern wir werden nur sagen, die Verwaltung der Mansfelder Gewerkschaft hat Verzicht angenommen. Es wird der Gewerkschaft für die Zukunft nicht mehr möglich sein, ihren Arbeitern zu verbieten, ihnen das Recht abzuspochen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Der Bergarbeiterverband, der sich in allen bergkuntreibenden Bezirken Eingang zu verschaffen gewußt hat, wird auch hier seinen Einzug halten, trotz alledem!

Am 10. Oktober fand im Garten des Hohenzollernparks in Gottlebtag eine Kundendemonstration der Streikenden statt. Nach vorgenommener Zählung nahmen über 4000 Personen an dieser Versammlung teil. Kamerad Sachse erstattete Bericht über den Stand des Streiks und über die stattgefundenen Verhandlungen. Seinem Bericht entnehmen wir: Am 9. Oktober wurde der Arbeiterausschuß vom Merwandt und Eduardschacht zur Verhandlung vorgeladen. Außer Herrn Vogelsang (Generaldirektor) und Herrn Weisheber, Abteilungsdirektor, nahmen noch vom Oberbergamt Halle die Herren Geheimrat Karst, Dr. Demio und Bergat Schmiedel an den Verhandlungen teil. Herr Vogelsang erklärte, daß die Streikenden wieder anfahren könnten, aber nicht die Selbständigen, hier müsse er sich eine Auslese vorbehalten.

Am selben Tage waren die Kameraden Sachse und Kommissionsmitglied Halle beim Oberbürgermeister Dittrich in Leipzig, dem Vorsitzenden des Ausschusses der Mansfelder Gewerkschaft, vorstellig geworden. Nach bürgerlichen Zeitungsberichten ist die Stadt Leipzig mit etwa 7000 Kugeln an der Mansfelder Gewerkschaft beteiligt. Herr Dittrich erklärte den Kameraden, daß er sie nicht als Vorsitzenden des Ausschusses, sondern als Privatmann empfangt. Nach längerer Aussprache erklärte Herr Dittrich, daß er eine Aussprache über den Streik mit der Direktion herbeiführen wolle, und dann das Ergebnis der Aussprache der Streikleitung bis Dienstag den 12. Oktober mitteilen wolle. Dann erörterte Kamerad Sachse die verzweifelter Anstrengungen der Mansfelder Gewerkschaft, um die Streikenden und die noch in Arbeit stehenden einzuschüchtern. Die Verwaltung hat durch Anschlag auf den Werken und Verwallung in den bürgerlichen Zeitungen einen Anruf erlassen. Die Verwaltung sucht sich durch diesen Anruf zu rechtfertigen und zu gleicher Zeit die Arbeiter zu beeinflussen, ihnen Angst und Schrecken einzujagen.

Zu dem Anrufe heißt es, daß die Streikenden alle Wohlthaten, die die Gewerkschaft ihren Arbeitern zukommen läßt, einbüßen werden. Wer laßt das? Weiter wird darauf hingewiesen, daß alle Arbeiter nach dreitägiger Feiertag ohne genügende Entschädigung ihre Knappschaffsrechte verlieren. Dieses ist nur auf Täuschung und Schwindel berechnet, denn nach § 16 des Statuts kann jeder, der die Bergarbeit aufgibt, seine erworbenen Pensionsrechte durch Zahlung einer Anerkennungsgeld im Betrage von einer Mark monatlich erhalten. Oder glaubt die Verwaltung etwa, sie könne die Bestimmungen des Knappschaffsstatuts während eines Streiks außer Kurs setzen? Da sind die Herrschaften doch gewaltig im Irrtum. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde dem Belegschaftsmitgliedern der Schächte Zirkel, Paul und Glückhild die Frage zur Abstimmung vorgelegt, ob den Belegschaften der drei Schächte der Streik ebenfalls freigegeben werden solle. Unter braudendem Beifall der Versammelten wurde dieser Antrag einstimmig angenommen.

Es sprachen dann noch die Kameraden Waldheuer und Graf. Der erstere führte u. a. aus, daß ihm am Tage vorher ein Bergmann in Sandersleben (Inhalt) nach der Versammlung mitgeteilt habe, daß ihm ein Votum einen höheren Lohn als verdient, angeschrieben, danach sei der Prante zu dem betreffenden Arbeiter gekommen und habe das Mehr für sich zurück gefordert; wenn das wahr sei, dann herrschen in Mansfelder Revier dieselben Verhältnisse, wie früher in Saarbrücken. Graf bringt einen Fall zur Sprache, der sich auf dem Zirkelschacht abspielte. Dort sind, trotzdem bis jetzt dort noch nicht gestreikt wurde, seit einigen Tagen mehrere Gendarmen stationiert.

Als nun am Sonnabend auf dem Zechenplage eine Anzahl Jungen zumankamen, sagte einer zu seinen Kollegen, heute fahren wir nicht an, es wird gestreikt. Im selben Augenblick hatte ihn ein Gendarm beim Kribs und schleppte den Rader zum Oberkeiger, wo er abgerüstet wurde und seine Papiere erhielt. Ist der Gendarm nach hier beordert, um den Mittel der Gewerkschaft zu machen?

Es wäre besser, wenn solche Beamte nicht ins Streikrevier beordert würden. Mit dem morgigen Tage werden sich etwa 5000 Mann im Streik befinden. Der Kampf wird also weiter geführt und führt hoffentlich zum Siege.

Kameraden, agitiert sachlich für den Verband!

